

Palästina Journal

Ausgabe 24 · Dezember 2025
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

A photograph of a woman in a maroon sweater and a light-colored headscarf, carrying a large, heavy sack on her head. She is looking off to the side with a serious expression. The background is a dusty, open area with some debris and a few other people in the distance.

Völkermord

Schwerpunkt

Palästinensische Wirtschaft
unter Schock

Der Hype um den Trump-Plan

Ausstellung //

„Gaza – Before and After

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Anton-Günther Janßen (Cottbus)
Ivesa Lübken (Bremen)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler /röm (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2025 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Eine palästinensische Frau trägt ihre Habselig-
keiten. Vertriebene Familien beginnen wieder zu
ihren Häusern zurückzukehren. Das Foto ist Teil der
Ausstellung „Gaza before and after“
19. Januar 2025 (MEE/Mohammed al-Hajjar)

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 24 · Dezember 2025



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Schüsse auf Hungrige / GREAT“-Plan für Gaza Humanitäre Hilfe behindert / Palästinensische Wirtschaft unter Schock / Geheimnisvoller Transfer von Palästinensern aus Gaza / Im Bus getötet / Airbnb, Booking.com und Heidelberg Materials AG / Geplante Hungersnot in Gaza / Microsoft speicherte Handy-Daten für die Israelische Armee / 11.056 Palästinenser in israelischer Haft
- 06 Appelle aus Palästina //** An die katholische Kirche in den USA: „Aufruf uns zu sehen und uns zur Seite zu stehen“ / Appell an die Gewerkschaften: „Kollaboration mit der kolonialen Unterdrückung durch Israel beenden“
- 07 Schwerpunkt: Völkermord //** Beweise für völkermörderische Kriegsführung durch Satellitenbilder
- 08 Schwerpunkt: Völkermord //** Der Hype um den Trump-Plan und die deutsche Mitverantwortung am Genozid
- 10 Schwerpunkt: Völkermord //** Als freiwilliger Arzt für eine internationale Hilfsorganisation in den Gazastreifen
- 12 Deutsche und EU-Palästinalpolitik //** Innenministerium verhindert Aufnahme von Patienten aus Gaza / Zeitschiene der Evakuierungen von Patienten aus Gaza / Staatsraison: Zeit für einen Neuanfang / Klage gegen deutsche Rüstungsexporte abgelehnt / Deutschland blockiert EU-Sanktionen / Strafantrag gegen Regierung und Rüstungsindustrie wegen Beihilfe zum Völkermord Israels in Gaza / Folgen der bedingungslosen deutschen Unterstützung der israelischen genozidalen Vernichtungsstrategie in Gaza
- 14 Foto-Ausstellung //** „Gaza – Before and After / Gaza – vorher und nachher“
- 18 Schwerpunkt: Völkermord //** Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen
- 19 Auf ein Wort //** Zum Trump-Plan
- 20 Aktivitäten //** Fotokalender 2026: Weihnachtsgeschenk / Neues Präsidium / Studientagung
- 22 Schwerpunkt: Völkermord //** „Ich hätte die Erinnerungen, die meine Eltern mir hinterlassen haben, gerne an meine Kinder weitergegeben“
- 24 Medienempfehlungen //** Bücher / Filme / Ausstellung
- 26 Weltweite Solidarität //** Wir Kinder in Deutschland denken an Gaza“ / Globale Sumud Flottille / Ökumenischer Rat der Kirchen verurteilt Israels Apartheid / Globaler Aktionstag gegen Spionagesoftware / Filmschaffende verweigern Kollaboration / 660 Kirchenglocken läuteten für Gaza / Ulm5 gegen Elbit vor Gericht / 44.255 Unterschriften gegen Waffenexporte & Hilfsblockade / DHL kündigt Gewerkschafter wegen Gaza-Rede / Offener Brief an deutsche Medieninstitutionen / Aus Gewissensgründen – keine Zusammenarbeit mit Israel / FSV Mainz 05 muss El Ghazi Millionen zahlen / „Schuhe der Stille“ in Bremen / Protest gegen Motorenlieferung an israelischen Rüstungsfirmen / „UNSER GENOZID“ / Ein Brief der Weltjudenschaft / Von Siedler getötet / „Hague-Group“ kündigt Massnahmen gegen Israel an / Allianz-Boykott
- 30 Der Konflikt auf einen Blick**
- 31 Poesie //** Zeugnisse und Gedichte der Kinder aus Gaza
- 32 Kunst //** Qamar Timraz, Kinderzeichnung

Liebe Leser*innen,

die Bundesregierung darf sich nicht weiter mitschuldig machen an einer von immer mehr Staaten und Organisationen – von den Vereinten Nationen bis zur israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem – als Völkermord klassifizierten Kriegsführung im Gazastreifen. In dieser Ausgabe beschreiben wir das israelische militärische Vorgehen in Gaza im Licht des Internationalen Rechts.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

FOTO // HANI ALSHAER / ANADOLU / ANADOLU VIA AFP

KHAN YUNIS, GAZA: Die 11-jährige Asil al-Najjar und ihre 10-jährige Schwester Cena leben auch Monate nach einem israelischen Angriff auf das Gebiet al-Mawasi in Khan Yunis, Gaza, im November 2025 weiterhin unter schwierigen Bedingungen in einem Zelt. Asil verlor durch den Angriff ein Bein, Cena erlitt eine schwere Knieverletzung. Beide Geschwister warten noch immer auf medizinische Behandlung.



SCHÜSSE AUF HUNGRIGE

Israelische Soldaten in Gaza berichteten der israelischen Zeitung Haaretz, dass die Armee absichtlich auf Palästinenser in der Nähe von Hilfsverteilungsstellen geschossen habe. Gespräche mit Offizieren und Soldaten zeigen, dass Kommandeure den Truppen befahlen, auf Menschenmengen zu schießen, um sie zu vertreiben oder zu zerstreuen, obwohl klar war, dass sie keine Gefahr darstellten.

Die Hilfszentren der Gaza Humanitarian Foundation (GHF) nahmen Ende Mai ihren Betrieb im Gaza-Streifen auf. Sie wurden von Israel in Abstimmung mit US-Evangelikalen und privaten Sicherheitsfirmen eingerichtet. Geschäftsführer ist ein Evangelikaler, der US-Präsident Donald Trump und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu nahesteht.

Entgegen den ursprünglichen Versprechungen der Stiftung verläuft die Verteilung chaotisch. Menschenmassen stürzen sich auf die Vorräte. Die Verteilungszentren sind in der Regel nur eine Stunde lang am Morgen geöffnet. Nach Angaben von Offizieren und Soldaten, die in diesen Gebieten im Einsatz waren, schießt die IDF auf Menschen, die vor der Öffnungszeit eintreffen, um sie daran zu hindern, sich zu nähern, oder nach Schließung der Zentren, um sie zu zerstreuen. „Es ist ein Schlachtfeld“, sagte ein Soldat. „Wo ich stationiert war, wurden jeden Tag zwischen einem und fünf Menschen getötet. Sie werden wie eine feindliche Streitmacht behandelt – keine Maßnahmen zur Kontrolle der Menschenmenge, kein Tränengas – nur scharfe Munition.“

Nach Angaben des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums in Gaza wurden zwischen dem 27. Mai und Mitte Juni 549 Menschen in der Nähe von Hilfszentren und in Gebieten getötet, in denen Bewohner auf UN-Lebensmittel-Lkw warteten. Über 4.000 wurden verletzt.

„GREAT“-PLAN FÜR GAZA

Investoren sollen den zerstörten Gaza-Streifen u.a. in eine „Riviera“ für Touristen, eine Smart City und eine Niederlassung für US-High-Tech-Firmen verwandeln, wie die Washington Post Ende August aufdeckte. An diesem GREAT-Plan, GREAT wie „Gaza Reconstruction, Economic Acceleration and Transformation“, beteiligt sind der israelisch-US-amerikanische Unternehmer Michael Eisenberg, der ehemalige Geheimdienst-offizier Liran Tancman, die Boston Consulting Group, Mitglieder der Trump-Regierung wie Jared Kushner und Sondergesandter Steve Witkoff und der frühere britische Premierminister Tony Blair. Geplant sind Vertreibungen der Palästinenser*innen aus Gaza. Denn wer „freiwillig“ aus Gaza auswandert, reduziere den Finanzierungsbedarf um rund 23.000 Dollar pro Kopf, da teure temporäre Unterbringungen entfallen würden.

HUMANITÄRE HILFE BEHINDERT

Seit Beginn des Waffenstillstands am 10. Oktober 2025 lehnt Israel weiterhin willkürlich Lieferungen lebensrettender Hilfsgüter nach Gaza ab, berichtet die Hilfsorganisation Norwegian Refugee Council. Außerdem verzögere ein restriktives neues Registrierungsverfahren für internationale Nichtregierungsorganisationen die dringende humanitäre Arbeit weiter. „**Zwischen dem 10. und 21. Oktober wurden 99 Anträge internationaler Nichtregierungsorganisationen auf Lieferung von Hilfsgütern nach Gaza abgelehnt, während sechs Anträge von UN-Organisationen abgelehnt wurden. Zu den von den israelischen Behörden abgelehnten Hilfsgütern gehören Zelte und Planen, Decken, Matratzen, Lebensmittel und Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Sanitärmaterialien, Hilfsmittel und Kinderkleidung, die alle während der Waffenruhe uneingeschränkt geliefert werden sollten.**“ So würden weiterhin fast 50 Millionen Dollar an lebenswichtigen Gütern wie Lebensmittel, medizinische Hilfsgüter, Hygieneartikel und Materialien für Unterkünfte an Grenzübergängen und in Lagerhäusern lagern und könnten die Bedürftigen nicht erreichen. Dabei stehe der Winter an. Viele Palästinenser*innen im Gazastreifen leben in provisorischen Unterkünften ohne Isolierung, Heizung, sauberes Wasser oder Toiletten.

PALÄSTINENSISCHE WIRTSCHAFT UNTER SCHOCK

Die Wirtschaft des Westjordanlands hat nach dem 7. Oktober 2023 einen beispiellosen Schock erlitten. Dies erklärte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im August 2025. Israel habe die seit langem bestehenden Bewegungsbeschränkungen verschärft, weitreichende Sperren verhängt und militärische und sicherheitspolitische Operationen durchgeführt.

„**Gleichzeitig wurden palästinensische Arbeitnehmer von ihren Arbeitsplätzen in Israel und den Siedlungen ferngehalten, und Israel setzte die einseitigen Abzüge von den palästinensischen Steuereinnahmen fort und verschärfte sie sogar noch**“, so die UNCTAD. Infolgedessen sank die Beschäftigung in Israel und den Siedlungen zwischen dem dritten und vierten Quartal 2023 drastisch von 171.700 auf nur noch 25.000 Arbeitnehmer. Im Jahr 2024 sank das Pro-Kopf-BIP um 21 Prozent und die Arbeitslosigkeit stieg auf 32 Prozent.

GEHEIMNISVOLLER TRANSFER VON PALÄSTINENSERN AUS GAZA

Hundertdreißig Bewohner des Küstenstreifens sind am 13. November in Südafrika gelandet, berichtet Le Monde. Es ist bereits der dritte, bekannt gewordene Flug dieser Art aus Israel. Am 28. Oktober waren 176 Bewohner Gazas in Südafrika gelandet. Ende Mai hatte ein weiterer Flug aus Eilat etwa fünfzig Menschen aus Gaza nach Indonesien und Malaysia gebracht, nach einem Zwischenhalt in Rumänien. Auf Facebook und WhatsApp wirbt die Organisation Al-Majd Europe für die Ausreise für 2.600 Euro pro Person. Eine Untersuchung der israelischen Zeitung Haaretz zeigte: Hinter der 2025 gegründeten Organisation steht Tomer Janar Lind, ein israelisch-estnischer Staatsbürger. Seit einigen Monaten häufen sich die Kleinanzeigen von Al-Majd auf den Smartphones in Gaza. Online sammelt die Organisation die Identitäten und das Geld der Ausreisewilligen. Beim Verlassen des Gazastreifens dürfen sie nichts außer ihrem Telefon mitnehmen. Treffpunkt ist Deir al-Balah im Zentrum des Gazastreifens; von dort geht es mit dem Bus zum Flughafen Eilat. Die Busse passieren den Grenzübergang Kerem Schalom – das bedeutet, dass die israelischen Dienste informiert sind. Die Art der Verlegung dieser Menschen und die unklare Identität von Al-Majd Europe wecken bei Menschenrechtsorganisationen den Verdacht, es handele sich um eine Operation der israelischen Regierung, um Palästinenser zu vertreiben.

IM BUS GETÖTET

Am 18. Oktober 2025 hat die israelische Armee einen Bus im Stadtteil Zaytoun in Gaza angegriffen und dabei folgende Menschen getötet:

Die Kinder:

*Mohammad Abu Shaaban, 5 Jahre alt
Ibrahim Ihab Abu Shaaban, 6 Jahre alt
Anas Sufian Shaaban, 8 Jahre alt
Karam Sufian Shaaban, 10 Jahre alt
Jumana Ihab Shabaan, 10 Jahre alt
Nasma Sufian Shabaan, 12 Jahre alt
Nasser Ihab Abu Shabaan, 13 Jahre alt*

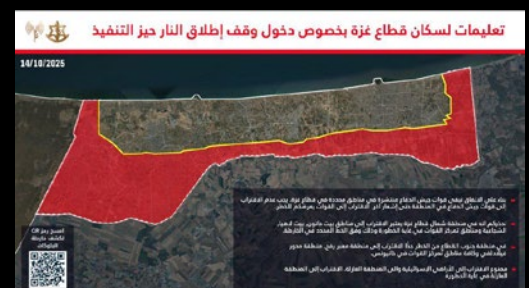
Die Eltern:

*Ihab Abu Shaaban, 38 Jahre alt
Randa Abu Shaaban, 36 Jahre alt
Sama Shabaan
Sufiaan Shabaan*

Über den Tod der Familie hat die palästinensische Journalistin Mariam Barghouti berichtet. Die Familie war auf dem Weg zu ihrem Zuhause im Stadtteil Zeitoun in Gaza-Stadt, als der Bus, in dem sie saßen, angegriffen wurde, weil er angeblich die „gelbe Linie“ überschritten hatte. Das ist die „Waffenstillstandslinie“ der israelischen Armee im Gazastreifen [siehe Karte von Gaza mit der gelben Linie]



Gelbe Blöcke, mit denen die israelische Armee die „gelbe Linie“ markiert.



Die „gelbe Linie“ wie sie von der israelischen Armee auf arabisch veröffentlicht wurde



„Gelbe Linie“, Darstellung der T-Politography research group



FOTOS // KHAMES ALREFI / ANADOLU /
ANADOLU VIA AFP

GAZA-STADT: Die israelische Armee beschießt am 28. September 2025 das Hochhaus „Mekka Tower“ im Stadtteil Rimal in Gaza-Stadt, Gaza, mit Raketen. Das Gebäude, in dem Hunderte Palästinenser Zuflucht gesucht hatten, stürzt nach einer Evakuierungswarnung ein.

AIRBNB, BOOKING.COM UND HEIDELBERG MATERIALS AG

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) hat seine Datenbank über Unternehmen, die Siedlungsaktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) unterstützen, überarbeitet. Die aktualisierte UN-Datenbank listet 158 Unternehmen aus elf Ländern auf, wobei 68 neue Unternehmen zur bisherigen Datenbank hinzugekommen sind. Aus Deutschland kam Heidelberg Materials AG hinzu, die palästinensische Steinbrüche auf enteignetem palästinensischem Land plündert und Material liefert, das für den Bau und die Erweiterung illegaler israelischer Siedlungen im Westjordanland verwendet wird. Airbnb und Booking.com sind weiterhin in der Datenbank. Al-Haq teilte mit, dass die beiden Unternehmen palästinensische Immobilien im gesamten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, ausbeuten.

MICROSOFT SPEICHERTE HANDY-DATEN FÜR DIE ISRAELISCHE ARMEE

Microsoft habe mitgeteilt, so der britische Guardian, dass es dem israelischen Militär den Zugang zu einer Cloud-Technik sperrt, mit der die Armee riesige Mengen an Informationen über palästinensische Zivilisten im Westjordanland und im Gazastreifen gespeichert hat. Die Entscheidung folgte auf eine Enthüllung des +972 Magazine, Local Call und des Guardian im Oktober, in der aufgedeckt wurde, wie die Einheit 8200, die Eliteeinheit der israelischen Armee für Cyberkriegsführung, abgefangene Aufzeichnungen von Millionen von Mobiltelefonaten palästinensischer Bürger auf der Cloud-Plattform Azure von Microsoft speicherte und damit eine der weltweit invasivsten Sammlungen von Überwachungsdaten über eine einzelne Bevölkerungsgruppe schuf. Der Recherche zufolge wurden diese Daten in den letzten zwei Jahren zur Planung tödlicher Luftangriffe in Gaza sowie zur Verhaftung von Palästinensern im Westjordanland verwendet. Microsoft arbeitet jedoch weiterhin mit anderen israelischen Militäreinheiten zusammen.

11.056 PALÄSTINENSER IN ISRAELISCHER HAFT

Nach Angaben des israelischen Strafvollzugsdienstes (IPS) an die israelische Menschenrechtsorganisation Hamoked befanden sich im Oktober 2025 11.056 Palästinenser in israelischer Haft, darunter 1.461 verurteilte Gefangene, 3.378 Untersuchungshäftlinge, 3.544 ohne Gerichtsverfahren inhaftierte Verwaltungshäftlinge und 2.673 als „unrechtmäßige Kämpfer“ inhaftierte Personen. Nicht berücksichtigt sind Palästinenser aus Gaza, die seit dem 7. Oktober 2023 vom israelischen Militär festgehalten werden.

Nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros (OHCHR) starben zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 31. August 2025 mindestens 75 Palästinenser, darunter ein 17-jähriges Kind, 49 aus dem Gazastreifen, 24 aus dem Westjordanland und zwei palästinensische Bürger Israels in israelischer Haft.

GEPLANTE HUNGERSNOT IN GAZA

„Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es keinen Fall einer so sorgfältig geplanten und kontrollierten Hungersnot gegeben wie die in Gaza“, sagte der Hungerexperte Alex de Waal am 31. Juli gegenüber BBC. Zu diesem Zeitpunkt waren mindestens 154 Menschen laut Angaben der Gesundheitsbehörden in Gaza verhungert, darunter 89 Kinder. Alex de Waal verglich Gaza mit der Situation in der sudanesischen Stadt Darfur und dem angrenzenden Flüchtlingslager Zamzam, wo ebenfalls eine Hungersnot herrscht, die von Menschen verursacht wurde und bei der Lebensmittel als Waffe eingesetzt werden und wo die Entbehrungen und das Leid vergleichbar sind. Der Unterschied: **„Wenn sich die Konfliktparteien im Sudan heute auf einen Waffenstillstand und ungehinderten humanitären Zugang einigen würden, würden die humanitären Organisationen Wochen oder sogar Monate brauchen, um alle notwendigen Hilfsmaßnahmen umzusetzen. Im Fall von Gaza hingegen stehen Tausende von Lastwagen mit Hilfsgütern bereit, um die Grenze nach Gaza zu überqueren. Oder sie stehen direkt hinter der Grenze und warten auf die erforderlichen Papiere. Die internationale Gemeinschaft verfügt über die Ressourcen, die Fähigkeiten, die Netzwerke und die Pläne, um morgen einen massiven Zustrom lebenswichtiger Hilfe zu leisten. Alles, was jetzt noch fehlt, ist, dass der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu den Befehl dazu gibt, und alle Kinder in Gaza könnten morgen frühstücken.“**

An die katholische Kirche in den USA: „Aufruf uns zu sehen und uns zur Seite zu stehen“

Als palästinensische Christen, die eine der dunkelsten Perioden unserer Geschichte durchleben, sind wir gezwungen, die Wahrheit auszusprechen. Heute erlebt das palästinensische Volk in Gaza und im Westjordanland etwas, das nur als Vernichtungskrieg, Völkermord und ethnische Säuberung bezeichnet werden kann. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Häuser, Kirchen und Krankenhäuser wurden zerstört. Über 50.000 Menschen, die meisten davon Frauen und Kinder, wurden getötet. Dies ist kein Konflikt zwischen Gleichen. Es handelt sich um eine Vernichtungskampagne, die von einem mächtigen Apartheidstaat, der militärisch und finanziell von den Vereinigten Staaten und einer Reihe europäischer Länder unterstützt wird.

Da eine Kirche in den Vereinigten Staaten zu dieser Verwüstung schweigt, trägt sie die Verantwortung für unser Leid mit. Amerikanische Steuergelder und Waffen befeuern die Kriegsmaschinerie, die auf uns abzielt. Es reicht nicht aus, Hass zu verurteilen. Sie müssen auch die Systeme und Mächte verurteilen, die Ungerechtigkeit aufrechterhalten.

Wir lehnen es kategorisch ab, unseren legitimen Kampf für Freiheit, Würde und Menschenrechte mit Antisemitismus gleichzusetzen. Wir sind nicht antijüdisch, antijudaistisch oder antisemitisch. Wir sind ein Volk, das sich gegen Besatzung, Apartheid und Enteignung wehrt. Dies mit Hass gleichzusetzen, ist sowohl theologisch als auch moralisch falsch. Trotz der Partnerschaften der katholischen Kirche mit jüdischen und muslimischen Gemeinden in den USA, die wir von Herzen begrüßen, wurden keine vergleichbaren Anstrengungen unternommen, um mit uns in Kontakt zu treten. Kein Dokument, keine Ressource, nicht einmal ein Satz war der Stimme der palästinensischen Christen gewidmet. Wir werden in Ihrer Erzählung nicht berücksichtigt und sind unsichtbar.

Wir sagen: Es reicht! Wir fordern

1. das Leid des palästinensischen Volkes, einschließlich der palästinensischen Christen, anzuerkennen und die illegale israelische Besatzung, Apartheid und den Völkermord an unserem Volk öffentlich anzuprangern.

2. Fordern Sie ein Ende der Militärfinanzierung Israels durch die USA, bis das Land die internationalen Gesetze einhält.
3. Beteiligen Sie sich mit uns an der Erstellung einer Ressource, die die Erfahrungen der palästinensischen Christen unter der israelischen Besatzung und Apartheid widerspiegelt.
4. Lesen Sie noch einmal unser Gründungsdokument, Kairos Palästina: Die Stunde der Wahrheit, sowie alle unsere Dokumente und Erklärungen und reagieren Sie theologisch und praktisch auf unsere Botschaften und Aufrufe.
5. Kommen Sie und sehen Sie sich die Realität selbst an, indem Sie Palästina besuchen und die christlichen Gemeinden hier treffen. Wir freuen uns, Ihre Gastgeber zu sein.

KAIROS PALÄSTINA vom 14. April 2025

Kairos Palästina ist die größte christlich-palästinensische ökumenische Bewegung für Gewaltlosigkeit und basiert auf dem Kairos-Palästina-Dokument: „A Moment of Truth“, das 2009 ins Leben gerufen wurde. www.kairospalestine.ps Der Briefwechsel mit der US-Kirche entstand nachdem diese „Translate Hate“ veröffentlicht hat.

Appell an die Gewerkschaften: „Komplizenschaft mit der kolonialen Unterdrückung durch Israel beenden“

Der Völkermord der USA und Israels und die weltweite Komplizenschaft haben nicht nur Zehntausende Palästinenser ausgerottet. Sie töten weiterhin palästinensische Arbeiter, nur weil sie ihren Dienst als medizinisches Personal, Journalisten, Rettungskräfte und humanitäre Helfer fortsetzen. Sie haben auch das Heraufkommen einer Ära beschleunigt, in der „Macht vor Recht“ geht. Dies hat sich im Zusammenbruch der Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Arbeitnehmerrechte manifestiert. Das betrifft uns alle und sollte uns daher alle vereinen. Unser Kampf für Gerechtigkeit in Palästina ist untrennbar mit dem globalen Kampf gegen systemischen Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung verbunden.

Die Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus dem Jahr 2024 – dass ein Völkermord durch Israel plausibel erscheint, dass die israeli-

sche Besatzung illegal ist und dass seine Politik Apartheid gleichkommt – machen es zu einer moralischen und rechtlichen Verpflichtung für Staaten und Unternehmen, jegliche Komplizenschaft an Israels Verbrechen zu beenden und gezielte, rechtmäßige Sanktionen zu verhängen, einschließlich eines beidseitigen Waffenembargos. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften.

Es ist die Pflicht der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass die von ihnen vertretenen Arbeitnehmer – sei es in Häfen, auf Schiffen, in Unternehmen oder in Regierungsbehörden – nicht ohne ihr Wissen und/oder ihre Zustimmung in Handlungen verwickelt werden, die eine Komplizenschaft bei Völkermord, Apartheid und der illegalen Besetzung Israels darstellen.

Wir fordern Gewerkschaften und Arbeitnehmer weltweit auf, ihre Solidarität in ernsthafte Druck-

kampagnen gegenüber Regierungen, Unternehmen und Institutionen umzusetzen, damit diese ihren Verpflichtungen nach internationalem Recht nachkommen und jegliche Komplizenschaft mit der kolonialen Unterdrückung durch Israel beenden.

Wir, die unterzeichnenden palästinensischen Gewerkschaften, rufen Arbeitnehmer und Gewerkschaften weltweit dazu auf, ihre Unterstützung für unseren Kampf zur Beendigung des Völkermords und zur Abschaffung des kolonialen Apartheidregimes Israels zu verstärken.

STATEMENT VON 19 PALÄSTINENSISCHEN GEWERKSCHAFTEN vom 1. Mai 2025

<https://www.etun-palestine.org/site/palestinian-workers/>

Beweise für völkermörderische Kriegsführung durch Satellitenbilder

Am 1. September haben Zeitungen weltweit, in Deutschland z.B. die Frankfurter Rundschau, mit einer schwarzen ersten Seite auf die im Gazakrieg zum Teil gezielt umgebrachten Reporter*innen aufmerksam gemacht. Laut dem Committee to Protect Journalists (CPJ) wurden in Gaza 273 Medienschaffende getötet seit dem 7. Oktober 2023. Während lokale Medienschaffende unter großen Gefahren weiter berichten, ist es ausländischen Reporter*innen nach wie vor verwehrt in den Gazastreifen zu reisen. Weltweit haben zahlreiche Medienhäuser und Regierungen dagegen erfolglos bei der israelischen Regierung protestiert.

„Unabhängige Untersuchungen ziehen deshalb frei verfügbare Datenquellen sowie Satellitenbilder zur digitalen Forensik hinzu“, schreibt Hartmut Gieselmann in der Computerzeitschrift c't. Die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungskommission, die „Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel“ (COI) nutzt diese Methode. **„Der jüngste COI-Bericht von Mitte September 2025 hält fest, dass die dokumentierten Zerstörungen und Blockaden nach Einschätzung der Kommission nur mit einer genozidalen Absicht erklärbar seien – eine Feststellung, die Israel vehement zurückweist.“** In seinem c't Beitrag erläutert Gieselmann welche Satelliten und open source Quellen genutzt werden.

Ort und Zeit einer Aufnahme aus dem All sind vermerkt. So lassen sich Zerstörungen am Boden genau bestimmen. Selbst die riesigen Schlangen von wartenden Menschen vor einer der wenigen Essensausgaben in Gaza sind aus dem Weltraum zu sehen. Auch die an der Schnittstelle von Architektur/Kunst/Informatik agierende britische Organisation „Forensic Architecture“ bestimmt die israelischen Kriegsabsichten mithilfe von Satelliten. Die Satellitenbilder liefern nach Ansicht der UN-Kommission die Beweise, dass ausschließlich die Zivilbevölkerung getroffen wird, weil sie die großflächigen Veränderungen über längere Zeiträume dokumentieren, die auf eine dauerhafte Umgestaltung der Siedlungsstruktur zielen.

RÖM



Satellitenbilder von Planet Labs dokumentieren die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen im Gaza-Streifen. Wo am 5. April 2025 in der Nähe von Rafah noch grüne Felder und Gewächshäuser standen, ist Ende Mai nur noch braune Erde ohne Bewuchs zu sehen.

FOTO // PLANET LABS/
FORENSIC ARCHITECTURE



Das Satellitenbild links zeigt ein großes Zeltlager in Beit Hanoun vom 18. März 2025. Nachdem die israelische Armee eine Woche später den Waffenstillstand beendet hatte, sind rechts nur noch zerstörte Überreste zu sehen.

FOTO // PLANET LABS/
FORENSIC ARCHITECTURE

Der Hype um den Trump-Plan und die deutsche Mitverantwortung am Genozid

„Nach mehr als zwei Jahren Krieg in Gaza herrscht nun ein Waffenstillstand. Die letzten Geiseln sind in Freiheit. Deutschland tritt für Israel ein – und wird sich weiter einbringen, damit der Weg zum Frieden gelingt“, erklärte das Kanzleramt euphorisch zum Waffenstillstand in Gaza und versucht seitdem im Fahrwasser von Trumps 20-Punkte-Plan über die Payroll eine deutsche Rolle in Nahost zurückzugewinnen. Dabei hat Deutschland in den letzten zwei Jahren nichts anderes getan als über Waffenlieferungen und die Blockade von Sanktionsmaßnahmen innerhalb der EU Israel den Rücken frei zu halten. Damit hätte sich Deutschland mitschuldig am Völkermord in Gaza gemacht, erklärt die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese in ihrem neuesten

UN-Bericht „Der Gaza-Genozid – ein kollektives Verbrechen“ vom 20. Oktober 2025.

Das Kanzleramt würde gerne in dem von Trump geplanten „Friedensrat“ für Gaza mitmischen, möchte gemeinsam mit Ägypten eine Wiederaufbaukonferenz ausrichten und den „Reformprozess der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA)“ begleiten – moderne Chiffren für das, was man im Zeitalter des Kolonialismus als Mandat bezeichnete. Die Satzung des Völkerbundes verstand unter einem Mandat die „Übertragung der Vormundschaft“ über Völker, die sich nach Ansicht der Kolonialherren „nicht selbst zu leiten vermögen“, um sie „an die fortgeschrittenen Nationen“ heranzuführen. Diese koloniale Logik wurde mit der Ver-

abschiedung der Charta der Vereinten Nationen, die allen Völker gleichberechtigt das Recht auf nationale Selbstbestimmung zuspricht, obsolet. Schon allein aus diesem Grund hält der britische Völkerrechtler Ralphe Wilde den Trump-Plan für völkerrechtswidrig. Zudem reproduziert er genau dieselben Bedingungen, die sich im 7. Oktober entladen haben, allen voran die jahrhundertlange Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes.

RISIKO FÜR EINEN NACHHALTIGEN FRIEDEN

Auch wenn es so scheint, als hätte Trump Netanjahu erst einmal in seine Schranken gewiesen, hat dieser das Ziel der ethnischen Säuberung und territorialen Expansion keineswegs aufgegeben. Für Netanjahu bedeutet Waffenstillstand, dass auf der anderen Seite die Waffen schweigen, während er sich selber das Recht vorbehält zu schießen und zu bombardieren, wann immer es ihm passt. Dazu ist ihm jeder Vorwand recht. Das demonstriert er seit einem Jahr im Libanon und das gilt für ihn auch in Gaza. Seit dem offiziellen Beginn der Waffenruhe am 10. Oktober 2025 wurden bei israelischen Angriffen 236 Menschen in Gaza ermordet und über 600 verletzt (Stand 4.11.2025). Nach wie vor kontrolliert die IDF 53 % des Territoriums des Gazastreifens. Und es ist zu befürchten, dass Israel an der „gelben Linie“, hinter die sich die IDF im Rahmen des Waffenstillstandes in Gaza zurückziehen musste, als neue Grenze des Gazastreifens festhalten wird.

Der Hype über den Trump-Plan birgt darüber hinaus Risiken, die einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten eher im Weg stehen, denn ihn befördern.

Erstens: Im Schatten des Fokus auf Gaza geht der Krieg gegen die Palästinenser*innen in der Westbank weiter. Denn anders lassen sich die täglichen Überfälle auf die Dörfer und Städte im Westjordanland, bei denen Siedler*innen unter dem Schutz der IDF Familien terrorisieren, tausende Olivenbäume entwurzeln, wahllos Vieh erschießen, Ernte und Viehfutter verbrennen, Löcher in Wassertanks schießen und Fahrzeuge zertrümmern nicht mehr beschreiben. Seit Beginn des Krieges in Gaza wurden in der Westbank über 1.000 Palästinenser*innen ermordet, 40.000 wurden durch systematische Vertreibungen zu Binnenvertriebenen, während die israelische

FOTOS // URSULA MINDERMANN





DEUTSCHLAND VERWEIGERT SICH DEM VÖLKERRECHT

Inzwischen fordert auch das europäische Parlament in einer Resolution vom 11. September 2025 die Ausweitung der Sanktionen gegen Siedler*innen, das Einfrieren von Teilen des Assoziierungsabkommens mit Israel sowie den Ausschluss Israels aus dem „Horizon Europe“-Programm, Einschränkung der Waffenexporte und die Anerkennung eines palästinensischen Staates – Forderungen, die inzwischen von den meisten EU-Mitgliedern unterstützt werden. Deutschland hat sich bislang allen Maßnahmen in den Weg gestellt.

Spätestens nachdem der Internationale Gerichtshof am 26. Januar 2024 in dem Verfahren Südafrikas gegen Israel den Anfangsverdacht des Völkermordes bestätigt hat, wäre die Pflicht Deutschlands gewesen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Töten zu beenden. Die Internationale Völkermordkonvention verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten nicht nur zur Ahndung, sondern auch zur Prävention von Völkermord. Stattdessen hat die Bundesregierung weiter Waffen geliefert – nach eigenen Angaben im Umfang von 500 Millionen Euro. Nach Recherchen des Sterns und dem amerikanischen Nachrichtenportal *Drop Site News* könnte der Umfang noch wesentlich höher sein.

Regierung 30.000 neue Wohnungen für jüdische Siedler*innen genehmigte.

Zweitens: Der Trump-Plan reduziert nicht nur die Palästinenser*innen zu unmündigen Objekten neokolonialer Außenpolitik, sondern setzt sich auch über völkerrechtlich verbindliche Parameter für eine Friedenslösung hinweg. Diese Parameter hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem Rechtsgutachten im Juli 2024 zusammengefasst: Besatzung, Siedlungsbau und das von Israel in der Westbank und in Ostjerusalem errichtete Apartheidsystem sind völkerrechtswidrig; die Palästinenser*innen haben ein bedingungsloses Recht auf Selbstbestimmung. Israel müsse sich umgehend aus den Besetzten Gebieten zurückziehen und für den durch die Besatzung, Siedlungsbau und illegale Aneignung palästinensischer Ressourcen verursachten Schaden Reparationen leisten. Wenn der Trump-Plan die Gründung eines palästinensischen Staates auf den Sankt-Nimmerleinstag verschiebt oder die Bundesregierung mit ihrer Formel von „einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung“ die Einlösung des Selbstbestim-

mungsrechts der Palästinenser*innen von der Zustimmung Israels abhängig macht, steht das im direkten Widerspruch zu dem Urteil des IGH.

Drittens: Mit der Priorisierung des Trump-Plans droht die politische Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den Palästinenser*innen zugunsten von Entwicklungs- und Wiederaufbauhilfe erst einmal in den Hintergrund zu treten. Dabei heißt es in dem IGH-Rechtsgutachten explizit: „Es ist Aufgabe aller Staaten, [...] dafür zu sorgen, dass jegliche Hindernisse, die sich aus der illegalen Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes ergeben, beseitigt werden.“

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat daraufhin konkretisiert, was das bedeutet: Keine Wirtschaftsbeziehungen mit den Siedlungen, keine Waffenexporte, wenn der Verdacht besteht, dass diese in den Besetzten Gebieten eingesetzt werden können, Sanktionen gegen Institutionen und Personen, die an der Aufrechterhaltung der Siedlungen beteiligt sind.

Drei Tage nachdem die Unabhängige Untersuchungskommission der UNO zu dem Schluss kam, dass vier der fünf Kriterien der Genozidkonvention auf das Vorgehen Israels in Gaza zutreffen, hat ein Berliner Anwalt*innenkollektiv bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe gegen elf Minister*innen und Vertreter*innen deutscher Rüstungskonzerne Anzeige erstattet. Laut Artikel 25 des Grundgesetzes sind die Normen des Völkerrechts und damit auch der Genozidkonvention Bestandteil des Bundesrechts. Die beschuldigten Regierungsbeamt*innen – Bundeskanzler Merz und Ex-Kanzler Scholz - hätten der Ausfuhr von Kriegswaffen nach in voller Kenntnis der Tatsache zugestimmt, dass die Waffen Kriegserbrechen am palästinensischen Volk ermöglichen. Damit hätten sie Beihilfe zum Völkermord geleistet, lautet die Anklage.

IVESA LÜBBEN, DPG-Vizepräsidentin



Als freiwilliger Arzt für eine internationale Hilfsorganisation in den Gazastreifen

Der Bremer Arzt Dr. Fadi Schukfeh war nach Einsätzen in anderen Nahost-Kriegsschauplätzen im Rahmen der amerikanischen Hilfsorganisation „RAHMA World Wide“ auch zweimal in Gaza eingesetzt. Was er da erlebt hat, schockiert schon beim Zuhören und Zuschauen und macht fassungslos. Es übertrifft alles, was im deutschen Fernsehen selten, aber doch in Ausschnitten an Unmenschlichkeit und Grausamkeit der genozidalen Vorgehensweise der israelischen Armee zu sehen ist. Die politische Zielsetzung, die Palästinenser zu vertreiben und zu vernichten hatte schon lange nichts mehr mit Reaktionen auf den Hamas-Überfall am 7. Oktober 2023 zu tun. Es gibt von vielen Ärzten aus verschiedenen Ländern der Welt, die für Kurzeinsätze in Gaza halfen Berichte, die alle denselben Tenor haben.

Aber bevor diese Ärzte überhaupt nach Gaza kommen dürfen, müssen sie israelische politisch gewollte bürokratische Hürden überwinden. Fadi Schukfeh erläuterte uns, dass allein Israel darüber bestimmt, wer helfen darf und wer nicht. Schon das verdeutlicht den wahren Charakter dieses vielfach fälschlicherweise als Krieg bezeichnete Strategie der Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser aus dem Gazastreifen. Die Hilfsorganisation benennt einen Arzt, dieser kommt auf eine Liste von Personen, die auf unterschiedlichen Farbfeldern geführt wurden. Wenn das Namensfeld grün war, hieß das „grünes“ Licht, bei rot „nein“ und bei lila „aufgeschoben“.

12 Jun 2025	
Surname*	Given name*
Schukfeh	Fadi
Atieh	Hadeel
Zerelli	Zied
Gharsalli	Hedi
Humaidy	Mohammed
Mustafa	Belal
Hammo	Hasan
Elouaret	Ahmed
Yousfi	Ghada
Rahman	Syed (Aziz)
Gherzi	Camelia
Asmer	Huthaifa
Rouh	Emad
Elzeftawy	Mohammed
Husain	Adil
Albadawi	Ahmad
Brauner	Mark

Freiwillige Ärzte dürfen nur bei „grün“ in den Gazastreifen.

Vorher wurde die jeweilige Person allerdings genauestens überprüft. Die Organisation und die Ärzte erfuhren die Entscheidung jeweils vier Wochen vorher und ob sie endgültig nach Gaza eingelassen werden erst zwölf Stunden vorher. Die Wartezeit mussten sie in der Regel z.B. in Amman verbringen und letztlich auch alle Kosten selber tragen. Die Hilfsorganisationen sorgten lediglich für den Transport nach Gaza. Die Aufenthaltsdauer hat auch nur jeweils 14 Tage betragen,

dann musste man erneut beantragen. Haben die Ärzte es dann geschafft, nach Gaza zu kommen um in einem der wenigen noch nicht teilweise oder völlig zerstörten Krankenhäuser ärztliche Hilfe zu leisten, wurden sie mit schrecklichen Bildern und Zuständen konfrontiert. Dr. Fadi Schukfeh schilderte, dass man nicht nur mit „Angst ohne Ende“ konfrontiert war, da es manchmal zwei Militärschläge innerhalb von fünf Minuten gab, sondern auch mit Verletzten und Geschrei ohne Ende.



Hungersnot im Gazastreifen



FOTOS // DR. FADI SCHUKFEH

In einem kleinen Saal lagen 60 Kranke und Verletzte. In Deutschland kann der Arzt, so Schukfeh, **„nachdenken, was er tun kann, was er tun muss, aber hier muss er sofort helfen, ohne Zeit nachzudenken“**. Es fehlten nicht nur Medikamente und Geräte, sondern da 90 % der Elektrizität ausgefallen war, oft auch Licht und vor allem Beatmungsgeräte. In der Zeit, in der er 40 Operationen durchführte, hätte er in Deutschland nur einen Bruchteil davon durchgeführt. **„Man wuss-**

te nicht, wo man anfangen sollte“. Und oft musste er mitansehen, dass ein Patient nebenan verstarb. Die Ärzte hatten keine Tests, um die auf Grund von Mangelernährung und Wassermangel entstandenen Krankheiten wie Cholera oder Polio zu diagnostizieren.

Sie mussten die Symptome nach ihrer Erfahrung und Kompetenz einschätzen. Täglich verloren etwa zehn Kinder ein oder zwei Beine und andere Körperteile. Fadi Schukfeh zeigte exemplarisch das Foto eines Leichen-Raumes, in dem im Nasser-Hospital in einer engen Reihe kleine getötete Kinder aufgereiht lagen. **„Alles Terroristen“**, so zynisch über das Wording des israelischen Militärs, dass jeder der in Gaza lebt, potentieller Terrorist ist oder später sein könnte! Untergebracht waren die Ärzte nicht etwa in extra Wohnungen – nein sie suchten sich Schlafplätze in den teils zerbombten Krankenhäusern in der Nähe ihrer Patienten. Und damit die Ärzte nicht etwa auf die Idee kämen, den Menschen in Gaza unabhängig von der ärztlichen Betreuung zu helfen, wurden sie bei ihrer Einreise streng kontrolliert und durften nur eine kleine Summe Geld mitnehmen und ebenso wurden die Nahrungsmittel kontrolliert und nur das absolute Minimum erlaubt, damit die Ärzte nicht etwa auf die Idee kämen, den palästinensischen Patienten etwas zukommen zu lassen.

DETLEF GRIESCHE



Mangelernährung und fehlende Medikamente

Hier noch einige Beispiele der zahllosen Berichte von Ärzten und Hilfsorganisationen (entnommen den regelmäßigen Aussendungen der Botschaft Palästinas in Wien)

„Israel hat seit März 2024 nicht nur die Einfuhr von Inkubatoren nach Gaza verweigert, sondern laut UNICEF auch wiederholte Anträge abgelehnt, Inkubatoren aus einem gewaltsam evakuierten Krankenhaus im Norden in Krankenhäuser im Süden zu verlegen. Das bedeutet, dass Frühgeburten-Babys sich nicht nur einen Inkubator teilen müssen, sondern sogar Sauerstoffmasken.“

ARWA DAMON, ehemalige CNN-Korrespondentin und heute Leiterin der humanitären Hilfsorganisation INARA, 8. Oktober 2025

„Wir sind zutiefst erschöpft, wir alle sind weit über unsere Belastungsgrenzen gekommen. Ich weiß nicht einmal, ob ich morgen noch am Leben sein werde.“

DR. HISHAM ABU AOUN, Kinderarzt und Leiter der Neugeborenen-Intensivstation und der pädiatrischen Intensivstation im Patient's Friends Benevolent Society Hospital (PFBS) in Gaza Stadt, 6. Oktober 2025

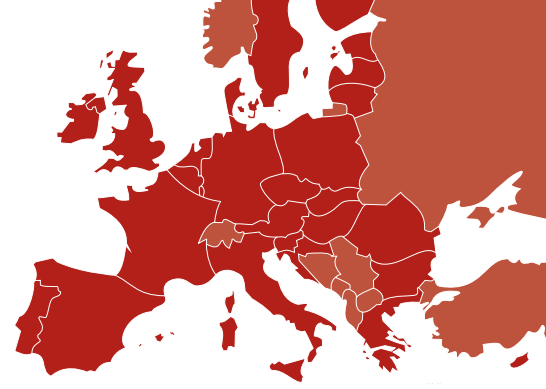
„Wir trauern um unseren Kollegen Omar Hayek. Omar wurde am Morgen des 2. Oktobers bei einem Angriff der israelischen Armee in Gaza getötet, vier Kolleg*innen wurden schwer verletzt. Zum Zeitpunkt des Angriffs warteten sie auf den Bus ins Krankenhaus in Deiral-Balah. Alle trugen klar erkennbare Westen von Ärzten ohne Grenzen.“

STATEMENT VON ÄRZTE OHNE GRENZEN,

2. Oktober 2025. Am 5. Oktober gab Ärzte ohne Grenzen bekannt, dass der Leiter der Physiotherapeutischen Einrichtung, Dr. Abed El Hameed Qaradaya, der bei dem Angriff schwer verletzt wurde, ebenfalls gestorben ist.

„Ich kann bestätigen, dass wir einzelne Schüsse in Kopf, Hals und Brust sehen. Meine Kolleg*innen in der Notaufnahme, die unermüdlich daran arbeiten, diese Menschen zu stabilisieren, damit sie bis zur Operation überleben können, haben mir berichtet, dass sie vor zwei Tagen sechs Kinder unter 12 Jahren durch einzelne Schüsse in den Kopf verloren haben. Es ist schlimmer als alles, was ich je gesehen habe.“

DR. KATHLEEN GALLAGHER, amerikanische Chirurgin und Kriegsveteranin, derzeit im Einsatz im Nasser-Krankenhaus in Gaza, im Interview mit Democracy Now, 17. September 2025



Deutsche und EU-Palästinapolitik

INNENMINISTERIUM VERHINDERT AUFNAHME VON PATIENTEN AUS GAZA

【 】 Seit März 2024 gibt es zahlreiche Initiativen, die vergeblich versuchen, schwerstverletzte palästinensische Kinder aus dem Gazastreifen für lebensrettende Maßnahmen nach Deutschland auszufliegen (s. Nachdenkseiten). Doch egal ob SPD- oder CDU-geführt, das Bundesinnenministerium stoppt seit über anderthalb Jahren jeden dieser Versuche. Auch der Vorstoß mehrerer Bundesländer, darunter Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen war vergebens.

Wie Hannovers Oberbürgermeister Belit Ona im FOCUS am 30. Oktober 2025 darlegte, hatte Hannover alle organisatorischen und medizinischen Voraussetzungen geschaffen, um 20 schwerverletzte Kinder aus Gaza aufzunehmen. Auch die psychologische Betreuung traumatisierter Kinder durch spezialisierte Fachkräfte war gewährleistet. Ebenso hatten sich schon Pflegefamilien bereit- erklärt. Doch die Bundesregierung lehnte ab mit Verweis auf Sicherheitsbedenken und betont zu- dem, dass das Ziel bleibe, „dass die Hilfe vor Ort gestärkt und unterstützt wird“. Laut UN-Angaben waren im Gazastreifen 22 von ins- gesamt 36 Krankhäuser nicht mehr funktionsfähig. Die Zahl der verwundeten Zivilisten beträgt nach aktuellem Stand 170.655 – darunter im Vergleich zu anderen Kriegsgebieten überproportional viele Kinder:

STAATSRATION: ZEIT FÜR EINEN NEUANFANG

【 】 „Jenseits der Staatsraison“ ist der Titel einer wegweisenden Analyse mit Handlungsanle- tungen für einen neuen deutschen Politikansatz. Das Papier gibt einen breiten, überparteilichen Konsens unter Nahostsachverständigen und Expert*innen in anderen relevanten Bereichen wieder. Das Papier ist geleitet von „**einem festen Bekenntnis zum Völkerrecht und zum Grundgesetz, einem Bewusstsein für histo- rische Verantwortung und tief empfundener Empathie für die unzähligen unschuldigen Opfer der humanitären Katastrophe im Na- hen Osten. Dazu gehören Israelis, die am 7. Oktober 2023 von der Hamas und ande- ren militanten Gruppen getötet, misshandelt und entführt wurden, sowie die große und stetig wachsende Zahl von Palästinensern, die seitdem von Israel getötet, misshandelt und ohne ordentliches Verfahren inhaftiert wurden.**“

www.staatsraison.net

KLAGE GEGEN DEUTSCHE RÜSTUNGSEXPORTE ABGELEHNT

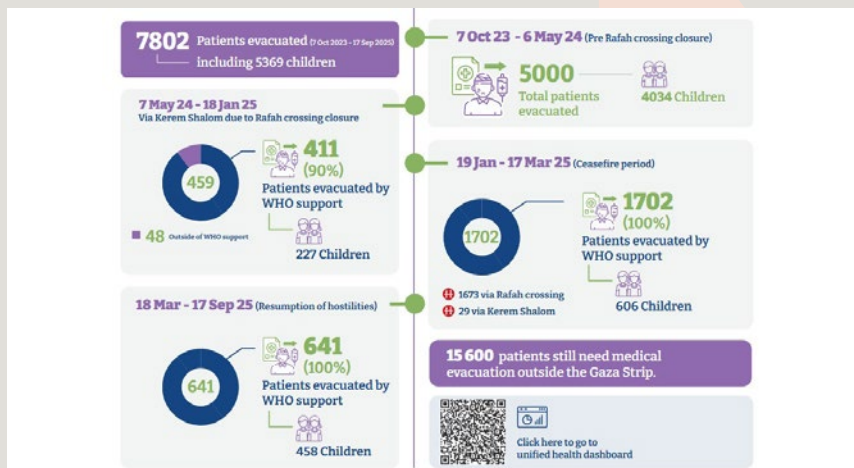
【 】 Die Klage eines Palästinensers in Gaza gegen die Bundesregierung, wegen Waffenlie- ferungen nach Israel, ist am 19. September vom

Verwaltungsgericht Kassel abgelehnt worden. Die Bundesregierung hatte die Lieferung von Teilen für Tamer- und Merkava Panzer erlaubt. Diese Panzer wurden u.a. gegen palästinensische Zivilist*innen in Zeltstädten, bei Essensausgabestellen und bei der Offensive gegen Gaza-Stadt eingesetzt, wie Berichte dokumentieren. Die Klage wurde von den palästinensischen Menschenrechtsorganisationen Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights und the Palestinian Centre for Human Rights unterstützt.

DEUTSCHLAND BLOCKIERT EU-SANKTIONEN

【 】 Deutschland, unterstützt von den Rechtsre- gierungen in Italien und Ungarn wendet sich bis- lang strikt gegen alle Sanktionsmaßnahmen der EU gegen Israel. Das galt schon für die Forderung nach einem Waffenstillstand, die noch unter Kanz- ler Scholz wiederholt durch die damalige Außen- ministerin Baerbock abgewiegelt wurde. Das gilt auch für die Aussetzung des EU-Handelsabkom- mens mit Israel. Nachdem ein internes Gutach- ten der EU im Juni dieses Jahres zu dem Schluss gekommen war, dass Israel mit seinem Vorgehen in Gaza gegen den Artikel 2 des Assoziierungs- abkommen mit der EU verstoße – der Artikel 2 verpflichtet die Vertragsparteien des Abkommens zur Achtung von Menschenrechten und demokra- tischen Prinzipien –, forderten mehrere EU-Mit- gliedsländer die Aussetzung des Abkommens.

ZEITSCHIENE DER EVAKUIERUNGEN VON PATIENTEN AUS GAZA



7802 Patienten konnten mit Hilfe der Weltgesundheitsorganisation zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 17. September 2025 aus dem Gazastreifen evakuiert werden, darunter 5369 Kinder.

Die Haupt-Aufnahmeländer sind: Ägypten (3995), Vereinigte Arabische Emirate (1499), Katar (970), Türkei (441), EU (325), Jordanien (254), Algerien (136), Tunesien (73), Oman (56), USA (48).

15.600 Patienten benötigen immer noch einen Krankenhausaufenthalt außerhalb des Gazastreifens.

Selbst niederschwellige Sanktionen, wie ein Waffenembargo, Aufhebung der Visafreiheit für Israelis, Verbot der Importe aus den israelischen Siedlungen, scheiterten am Veto der von Deutschland angeführten Koalition der Totalverweigerer. Man wolle nicht die Gesprächskanäle zur israelischen Regierung gefährden, rechtfertigte man sich in Berlin. Selbst die von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte partielle Aussetzung der Teilnahme Israels am Innovationsfonds „Horizon Europe“, für die nur eine qualifizierte Mehrheit nötig ist, scheiterte bislang am deutsch-italienischen Widerstand.

STRAFANTRAG GEGEN REGIERUNG UND RÜSTUNGSINDUSTRIE WEGEN BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD ISRAELS IN GAZA

■ Strafantrag gegen deutsche Regierungsbeamt*innen und Führungskräfte der Rüstungsindustrie hat ein Berliner Anwalt*innenkollektiv eingereicht. Unterstützung erhielten sie vom European Legal Support Center (ELSC), von Palestine Institute for Public Diplomacy (PIPD) und von Law for Palestine.

Der Strafantrag wurde bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe gegen den ehemaligen Bundeskanzler Olaf Scholz, die ehemaligen Minister Annalena Baerbock und Robert Habeck, Bundeskanzler Friedrich Merz, die Minister Johann Wadephul, Katherina Reiche, Boris Pistorius, sowie Jörg Stratmann, Geschäftsführer der Rolls-Royce Solutions GmbH, Michael Humbek, Geschäftsführer der Dynamit Nobel Defence GmbH, und Alexander Sagel und Susanne Wiegand, derzeitige und ehemalige Geschäftsführer von der RENK Group AG.

In dem Strafantrag werden mehrere Waffensysteme genannt, die von der israelischen Armee in Gaza eingesetzt wurden, darunter Kampfdrohnen (Heron TP), Kriegsschiffe (Korvetten der Sa'ar-6-Klasse) und verschiedene Arten von Munition (u. a. 120-mm-Panzermunition) sowie mechanische Teile. Deutschland hat auch eine große Menge der tragbaren Panzerabwehrwaffe „Matador“ geliefert. Seitdem ist es unter israelischen Soldat*innen zu einem TikTok-Trend geworden, sich selbst dabei zu filmen, wie sie mit diesen

FOLGEN DER BEDINGUNGSLOSEN DEUTSCHEN UNTERSTÜTZUNG DER ISRAELISCHEN GENOZIDALEN VERNICHTUNGSSTRATEGIE IN GAZA

■ Laut ZDF-Politbarometer vom 19. September 2025 sprechen sich 82 % der Deutschen gegen den „Krieg“ in Gaza aus. Trotzdem liefert Deutschland der Regierung in Israel immer noch Waffen für deren Kriegsführung. Wozu das führt, beschreibt Detlef Griesche eindrücklich:

Es führt zum Beispiel dazu, dass hochqualifizierte Experten Deutschland verlassen. Etwa der angesehene Chefarzt eines Krankenhauses in Salzgitter und Vorsitzende der Hilfsorganisation PalMed, Dr. Shadi Abmahad. Er hatte noch am Samstag, den 6. September, auf dem Marktplatz in Bremen eine fulminante Rede gehalten und wenige Tage später mitgeteilt, dass er und seine Familie Deutschland wegen der Haltung im Gazakrieg verlassen und nach Katar ziehen. Ebenso hörten wir in Bremen kurz darauf, dass ein weiterer palästinensischer Arzt aus Bremerhaven, Deutschland aus denselben Gründen verlässt und nach Belgien zieht. Er ebenfalls führend in den Fachorganisationen palästinensischer Ärzte in Deutschland und Europa. Das bleiben sicher keine Einzelfälle, aber das scheint in der Politik nicht anzukommen!

Der hochangesehene Chefarzt Shadi Abmahad hat sich mit bewegenden Worten von seinen Kollegen verabschiedet. Er lebte seit 1996 in Deutschland, studierte hier und baute im St. Elisabeth Krankenhaus in Salzgitter die Kardiologie auf und entwickelte sie weiter, wie die Geschäftsführung berichtet. In Gaza geboren, verlor er in den letzten 22 Monaten mehrere enge Verwandte. Er konnte seine in Gaza alleinlebende Mutter weder besuchen noch evakuieren. Deutschland hat seiner Familie nicht geholfen, sondern trägt eher eine Mitschuld an der genozidalen Entwicklung in Gaza für ihn. So geht er mit vier in Deutschland geborenen Kindern und seiner Frau, einer Architektin, nach Katar und kündigt an, dass er viele kennt, die ähnliches vorhaben.

Inzwischen kritisieren nicht nur wir diese Art der deutschen Nahostpolitik. 170 Nahost-Experten werben für eine neue Nahost-Politik, „Jenseits der Staatsraison“ für eine neue Politik der Verantwortung. Es ist mit der Zuspitzung des Nahost-Konflikts immer deutlicher geworden, dass die Staatsraison-Doktrin in ihrer heutigen Auslegung weder Deutschlands historischer Verantwortung noch seinen strategischen Interessen wie der Aufrechterhaltung einer rechtsbasierten Weltordnung entspricht noch seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen. Diese Erkenntnis wird allerdings den beginnenden Exodus qualifizierter palästinensischer Ärzte und anderer Fachkräfte nicht mehr aufhalten!

DETLEF GRIESCHE

Waffen auf Wohngebäude schießen, um palästinensische Häuser zum Spaß zu zerstören.

Nadija Samour, leitende Rechtsreferentin bei ELSC, sagte: „Vertreter der deutschen Regierung haben offen und wiederholt mit ihrer bedingungslosen und uneingeschränkten Unterstützung für Israel geprahlt. Angesichts der unbestreitbaren genozidalen Folgen dieser Unterstützung müssen wir sie zur Rechenschaft ziehen.“

Rechtsanwalt Benjamin Düsberg vom Anwaltskollektiv sagte: „Der Generalbundesanwalt hat nach dem Legalitätsprinzip die Pflicht, Ermittlungen gegen die Beschuldigten einzuleiten. Andernfalls würde er trotz dieser überwältigenden Beweislage die Aufnahme von Ermittlungen ablehnen, würde dies einen schweren Verstoß gegen Grundsätze

der Rechtsstaatlichkeit darstellen. Wenn das Völkerstrafrecht nicht zu einem bloßen politischen Instrument verkommen soll, ist es gerade auch auf Regierungspolitiker*innen im eigenen Land anzuwenden. Seit der erstmaligen Ablehnung der Aufnahme von Ermittlungen im Jahr 2024 konnten wir zusätzliche überwältigende Beweise sammeln, die weder ignoriert noch verworfen werden können.“

Der Kläger Dr. Qassem Massri, palästinensisch-deutscher Kinderarzt, ursprünglich aus Gaza, sagte: „Ich habe im Zuge dieses grausamen Völkermordes der von Deutschland mit Waffen und Rhetorik unterstützt wird, viele Familienmitglieder, Kindheitsfreunde und Kollegen verloren. Heute reichen wir diesen Strafantrag ein, damit die Bundesregierung ihrer historischen Verantwortung nachkommt, nämlich: Nie wieder für alle.“

Foto-Ausstellung

„Gaza – Before and After / Gaza – vorher und nachher“



Zwölf Fotos aus der Zeit vor dem 7. Oktober 2023 und zwölf nach dem 7. Oktober hat DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann zusammen mit dem schottischen „Netzwerk von Fotografen für

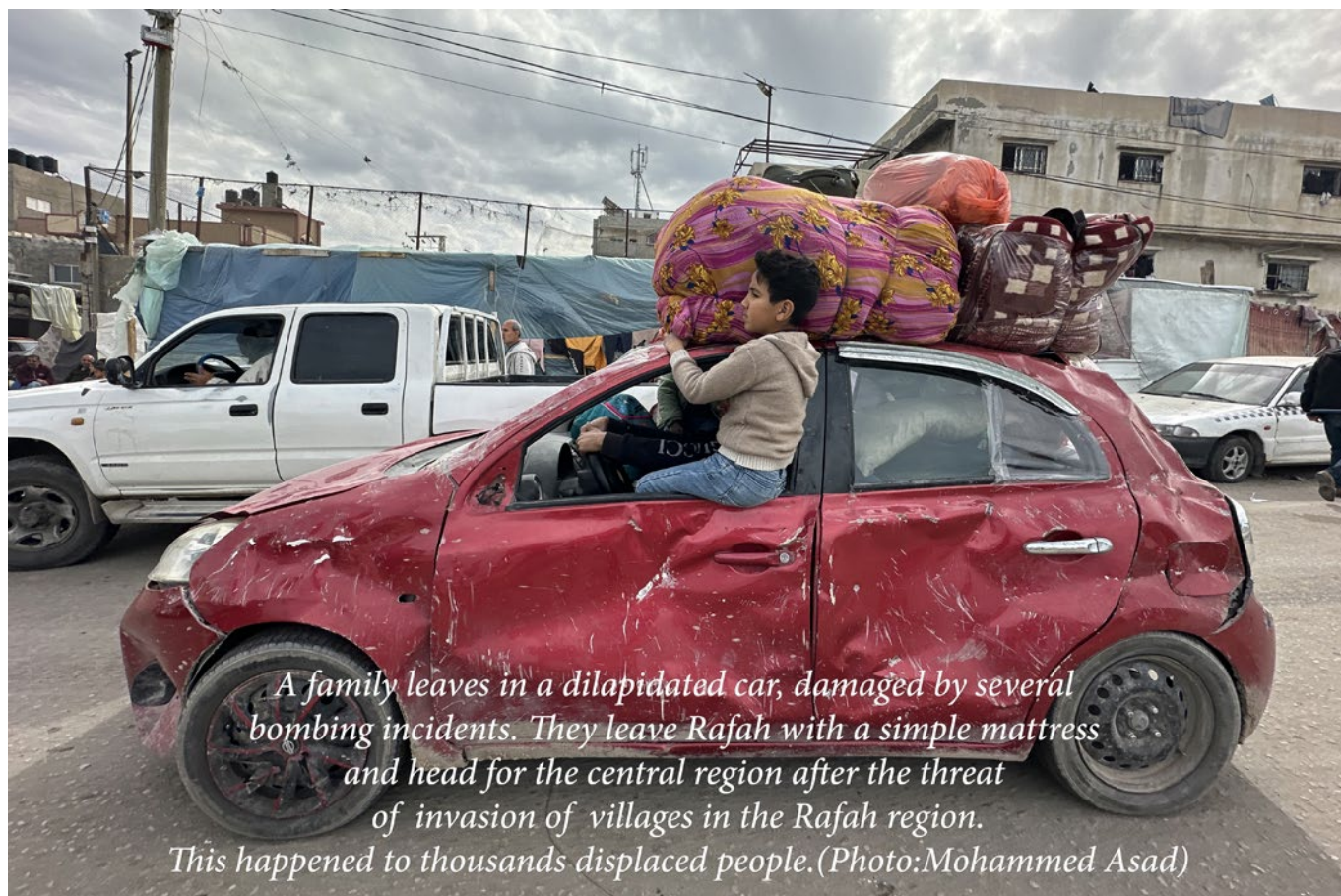
Palästina“ zusammengestellt. Auf den folgenden Seiten sehen Sie insgesamt acht Bilder aus der Ausstellung. Die Fotografen aus Gaza sind Majdi Fahti, Mohammed Hajjar, Mohammed Asad, Mo-

hammed Al Hajjar, Abed Zagout, Ezz Al Zanoon, Ramez Haboub, Khalil Ramadan, Ibrahim Farraj und Nidal Al Waheidi.





Die 24 Bilder im Format 40*35 oder 80*60 cm wurden erstmals im März 2025 in Edinburgh gezeigt. Bisher wurde die Ausstellung in Höxter, Telgte, Kassel, Münster, Brühl und Aurich präsentiert.
Kontakt: mindermann@dpg-netz.



Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen

Bericht der Sonderberichterstatterin über die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Francesca Albanese.



Francesca Albanese

FOTO // RAFAEL MEDEIROS

Ohne die direkte Beteiligung, Hilfe und Unterstützung anderer Staaten hätte die anhaltende unrechtmäßige Besetzung des palästinensischen Gebiets durch Israel, die mittlerweile zu einem regelrechten Völkermord eskaliert ist, nicht aufrechterhalten werden können. Die militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung einiger Drittstaaten und die mangelnde Bereitschaft, Israel zur Rechenschaft zu ziehen, haben es Israel ermöglicht, sein Regime der Siedlerkolonial-Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten (oPt) zu verankern, mit mehr Siedlungen, Hauszerstörungen, Bewegungseinschränkungen und dem Verlust und der Auslöschung palästinensischen Lebens. Seit Oktober 2023 hat Israel seine Gewalt auf ein beispielloses Niveau eskaliert.

Angesichts dieser Komplizenschaft zeigt dieser Bericht, dass der anhaltende Völkermord an den Palästinensern als ein international ermöglichtes Verbrechen verstanden werden muss. Viele Staaten, vor allem westliche, haben die von Israel verübte Völkermordkampagne erleichtert, legitimiert und schließlich normalisiert. Indem sie palästinensische Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ und den umfassenden Angriff auf Gaza als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei darstellen, haben sie die israelischen Verzerrungen des Völkerrechts und koloniale Tropen reproduziert und versuchen, ihre eigene Mitschuld am Völkermord

zu rechtfertigen. **Der andauernde Völkermord in Gaza ist ein kollektives Verbrechen, das durch die Komplizenschaft einflussreicher Drittstaaten unterstützt wird, die langjährige systematische Verstöße Israels gegen das Völkerrecht ermöglicht haben ...**

Die erfolgreichen Maßnahmen gegen die Apartheid in Südafrika, Rhodesien, Portugal und andere Kolonialregime zeigen, dass das Völkerrecht durchgesetzt werden kann, um Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu sichern. Heute haben Drittstaaten die gleiche rechtliche und moralische Verpflichtung, diese und andere Maßnahmen gegen jeden Staat anzuwenden, der weiterhin Siedlerkolonialismus und Apartheid betreibt. Dass sie Israel trotz klarer Anweisungen internationaler Gerichte nicht für seine langjährigen internationalen Verbrechen zur Rechenschaft ziehen, zeigt die eklatante Doppelmoral der internationalen Gemeinschaft ...

In bestimmten Bereichen des Völkerrechts sind die den Staaten zur Verfügung stehenden Mittel und die *opinio juris* [Rechtsauffassung] hinsichtlich der erwarteten Maßnahmen genau festgelegt, was für die Beurteilung der Einhaltung der Verpflichtungen durch Drittstaaten relevant ist. Dazu gehören:

(a) Zwangsmaßnahmen: Drittstaaten können und müssen in einigen Fällen Gewalt gegen einen Staat anwenden, der gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen verstößt, und zwar in mindestens drei Fällen: (I) Nach Artikel 51 der UN-Charta können Drittstaaten auf Antrag eines Staates, der sich in Selbstverteidigung befindet, eingreifen, wenn dieser einem Angriff ausgesetzt ist (II) gemäß einer Resolution des UN-Sicherheitsrats nach Kapitel VII der UN-Charta; (III) gemäß der Resolution „Uniting for Peace“ (Vereint für den Frieden).

(b) Waffenembargos: Der Waffenhandelsvertrag verbietet den Transfer von Waffen und anderen militärischen Gütern, wenn bekannt ist oder bekannt sein müsste, dass die Güter für internationale Verbrechen verwendet werden. Er verlangt außerdem Risikobewertungen, um Transfers zu verhindern, wenn übergeordnete Risiken für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit oder schwerwiegende Verstöße gegen internationale Menschenrechte und humanitäres Recht bestehen. Die Verbote gelten auch für den Transit und die Umladung.

(c) Handelsembargos: Verträge im Rahmen der Welthandelsorganisation erlauben es Staaten, von zentralen Handelsgrundsätzen wie dem Meistbegünstigungsprinzip abzuweichen, um ihren Verpflichtungen aus der UN-Charta in Bezug auf internationalen Frieden und Sicherheit, einschließlich zwingender Normen, nachzukommen. Bilaterale Freihandelsabkommen und Investitionsabkommen mit Israel enthalten in der Regel ähnliche Klauseln, und Menschenrechtsargumente wurden in internationalen Schiedsverfahren bestätigt. Zudem: Wenn bilaterale Abkommen zwingende Normen verletzen oder deren schwerwiegende Verletzung unterstützen, sind sie null und nichtig.

(d) Verweigerung der sicheren Durchfahrt: Das Seerechtsübereinkommen erlaubt es Staaten, die „nicht unschuldige Durchfahrt“ zu verhindern, wenn die Durchfahrt eines Schiffes nicht „im Einklang mit den Regeln des Völkerrechts“ steht und die Gefahr besteht, dass der Staat sich an internationalen Verbrechen, Verstößen gegen die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen oder zwingenden Normen mitschuldig macht.

(e) Strafverfolgung und Bestrafung: Gemäß den Genfer Konventionen und dem Völkergewohnheitsrecht sind alle Staaten verpflichtet, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Folter zu verfolgen und zu bestrafen, unabhängig von ihrer Verbindung zu dem Verbrechen. Drittstaaten sind auch verpflichtet, Dritte, einschließlich Unternehmen, vor ihren innerstaatlichen Gerichten für Menschenrechtsverletzungen und andere Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen ...

Am 16. September 2025 kam die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu dem Schluss, dass Israel im Gazastreifen Völkermord begeht, und bekräftigte die Verpflichtung aller Staaten, Völkermord zu verhindern, die Begehung und/oder Unterstützung von Völkermord einzustellen und diejenigen zu bestrafen, die Völkermord begehen und/oder dazu aufstacheln ...

Kompletter Bericht der Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten unter <https://www.kopi-online.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/10/UN-report-20.10.25-deu.pdf>

AUF EIN WORT

Zum Trump-Plan

Selbstverständlich begrüßt die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. jede Initiative zur Beendigung des Krieges in Gaza, vor allem zur Beendigung der israelischen Besatzung und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der palästinensischen Bevölkerung.

Jeder Waffenstillstand muss positiv betrachtet werden. Die Menschen in Gaza, die Angehörigen von Gefangenen und Häftlingen haben viel gelitten, und der Krieg hat den Streifen fast vollständig zerstört. Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza haben das Recht, sich zu freuen, und die Familien palästinensischer Häftlinge haben das Recht, ihre Freilassung aus der Gefangenschaft zu feiern.

Die persönliche Ankunft von Präsident Trump in der Region und seine Zusicherung, dass der Krieg vollständig gestoppt wurde, werden es für Netanjahu schwieriger machen, ihn wieder aufzunehmen. Es sei denn, Netanjahu findet erneut einen Schuldigen für weitere Kriegshandlungen, wovon auszugehen ist.

All dies unterscheidet sich von dem, was Trump über einen dauerhaften Frieden und einen neuen Nahen Osten predigte. Trump enthüllte nicht, was er mit einem dauerhaften Frieden meinte. Nur wenn die Beendigung des Krieges der erste Schritt zu einem ernsthaften Plan ist, um die Besatzung zu beenden und den Palästinensern ihre legitimen Rechte auf ihr Land zu geben und den arabisch-israelischen Konflikt vollständig zu beenden, darf Trump, sich eines dauerhaften Friedens und einer neuen Ära in der Region rühmen.

Aber wenn dieser Plan ein Auftakt zu einem betrügerischen Frieden ist, wie mehrere Hinweise zeigen, die im Interesse der Vereinigten Staaten und Israels zu laufen scheinen, stehen wir vor einer sehr gefährlichen Phase mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die palästinensische Frage, sowie auf die Nachbarländer, vor allem auf Jordanien als „Ersatzheimat der Palästinenser“. Betrügerischer Frieden deshalb, weil der Plan elementare Menschenrechte und das Völkerrecht missachtet, einen palästinensischen Staat nicht vorsieht, grundlegende Fragen wie Jerusalem, Siedlungsbau oder Annexionspläne der israelischen Regierung nicht angeht, eine Trennung des

Gazastreifens von der Westbank anstrebt und das Gaza unter fremde Herrschaft kolonialer Art stellt. Trump hat keinen Plan und keine neue Hoffnung auf eine ernsthafte politische Perspektive für einen gerechten Frieden vorgebracht.

Dass die arabischen Länder bereit sind, den Wiederaufbau von Gaza zu finanzieren, scheint optimistisch gedacht. Denn es geschieht ohne eine politische Lösung des grundsätzlichen Problems um Palästina. Zudem widerspricht dieser Plan insbesondere der konsequenten Haltung von Saudi-Arabien, das einen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten fordert, bevor es dem Abkommen einer Normalisierung mit Israel beitrifft. Zudem ist die Ablehnung Israels, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, als Kampf-ansage gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und das universelle Völkerrecht zu verstehen.

Einen diktierten Frieden ohne Verhandlungen auf Augenhöhe kann nicht von Dauer sein, zumal die USA und Israel immer behaupten werden, dass die Palästinenser den Krieg verloren haben und die Konsequenzen tragen müssen.

Es ist die Rede davon, den Palästinensern auf isolierten Bevölkerunginseln eine begrenzte Autonomie zu geben, während Israel sich den größten Teil des Westjordanlandes einverleibt, der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich geht von zu 82 Prozent des Westjordanlandes aus. Jeder, der die Unterzeichnungszereemonie zur Beendigung des Krieges in Sharm el-Sheikh verfolgt hat, musste das Unbehagen und die Wut von König Abdullah II. bemerken, da der König erkennt, dass Trumps Plan nicht einmal einen Hinweis auf das Westjordanland enthält. Trotz Trumps Aussage, dass er Israels Annexion des Westjordanlandes nicht akzeptieren wird, ist Tatsache, dass Israel täglich Maßnahmen ergreift, die auf diese Annexion hinweisen.

Dieser Frieden wird nicht so leicht verwirklicht werden, solange mehr als fünf Millionen Palästinenser nicht akzeptieren, dass Israel auf diese Weise über sie herrscht und das Land und den palästinensischen Traum einfach schluckt. Auch



*Nazih Musharbash
Präsident der
Deutsch-Palästinensischen
Gesellschaft e.V.*

die arabische Seite kann sich nicht allein auf die palästinensische Standhaftigkeit verlassen, ohne sich angesichts des israelischen Projekts auf eine solide arabische Position zu stützen, die leider nicht erkennbar ist.

Alleine die Position des Königreichs Saudi-Arabien hat sich als wichtig und richtig erwiesen. Es ist deshalb notwendig, dass arabische Länder wie Jordanien, Ägypten, Katar und andere sich langfristig mit der saudischen Seite koordinieren, die jeden Normalisierungsprozess mit Israel ohne die Errichtung des palästinensischen Staates ablehnt. Es ist auch notwendig, sich mit der internationalen Gemeinschaft abzustimmen, die begonnen hat, sich auf einen Weg zu bewegen, der nicht nur den palästinensischen Staat anerkennt, sondern Israels Annexion der besetzten Gebiete mit wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen belegen möchte, wie Spanien deutlich gemacht hat.

Es gibt keine Möglichkeit, mehr als fünf Millionen Palästinenser im Westjordanland, in Jerusalem und im Gazastreifen zu zwingen, einen gewaltsamen Kapitulationsfrieden zu akzeptieren. Am wahrscheinlichsten ist jedoch, dass der Konflikt über einen bestimmten Zeitraum andauert, mit sehr negativen Auswirkungen, bis sich die internationale Situation ändert. Israelische Aktionen, die versuchen, das Westjordanland zu annektieren, müssen mit internationalen Maßnahmen wie politischen, wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen rechnen. Trump kann mit einem neuen Nahen Osten prahlen, aber wovon Netanjahu spricht, ist ein Naher Osten, der von Israel dominiert wird, was ungeniert verkündet wird.

NAZIH MUSHARBASH

**Treten Sie der
DPG bei und
scannen Sie
die Beitritts-
erklärung.**



FOTOKALENDER 2026 // WEIHNACHTSGESCHENK

Der Fotokalendar 2026, im Querformat und zum Aufstellen, verwendet hochwertige Bilder von Fotograf*innen aus Gaza und der Westbank. DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann hat sie in Kooperation mit dem schottischen „Network of Photographers for Palestine“ zusammengestellt. Der Kalender ist über die DPG erhältlich. Der Erlös wird nach Gaza gespendet. Letztes Jahr war der Erlös 800 Euro, der für Regenplanen in Gaza verwendet wurde.



NEUES PRÄSIDIUM

Die Mitgliederversammlung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) e.V. hat am 13. Juni 2025 ein neues Präsidium gewählt. Ihm gehören an:

■ **Nazih Musharbash**, 1946 in Amman geboren und Absolvent der Evangelisch-Lutherischen Schule in Beit Jala, Realschulrektor und Landtagsabgeordneter a.D. langjähriger Kommunalpolitiker mit Netzwerken in Palästina und Jordanien, seit 2018 DPG-Präsident.

■ **Dr. Ribhi Yousef**, 1956 in Ni'lin bei Ramallah/Palästina geboren, wurde 1967 mit der Familie nach Jordanien vertrieben. Er studierte Chemie in Bonn und Duisburg und war seit 1994 Mitarbeiter im Umweltbereich der Stadtverwaltung Duisburg. Er ist seit 2018 Schatzmeister der DPG.

■ **Ivesa Lübben**, 1954 in Bremen geboren, studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Bremen und Marburg sowie Arabisch in Damaskus. Von 1990 bis 2006 lebte sie als freie Journalistin und wissenschaftliche Autorin in Kairo. Sie ist seit 2023 DPG-Vizepräsidentin.

■ **Jules El-Khatib**, 1991 in Köln geboren, hat an der Uni Duisburg-Essen seinen Master in Soziologie abgelegt, wo er aktuell auch an seiner Dissertation schreibt und Lehrbeauftragter ist. Er ist seit Juni 2025 Vizepräsident.

■ **Ursula Mindermann**, 1962 in Bremen geboren. Die studierte Augenoptikerin und Inhaberin eines Augenfachgeschäftes ist zudem Kreistagsabgeordnete und leidenschaftliche Fotografin. Ihre Schwerpunkte sind der Aufbau von Projekten in Palästina. Sie ist seit 2018 DPG-Vizepräsidentin.



v.l.n.r. DPG-Präsidium: Dr. Ribhi Yousef, Ursula Mindermann, Jules El-Khatib, Ivesa Lübben, Nazih Musharbash



Spendenkonto:

DPG

IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Studientagung 2025

der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

vom 13. bis zum 15. Juni 2025 im Koptisch-Orthodoxen Kloster Höxter-Brenkhausen

**Podiumsdiskussion****VÖLKERMORD IN GAZA – VÖLKERRECHT – STAATSRÄSON – PERSPEKTIVEN FÜR PALÄSTINA**
<https://www.youtube.com/watch?v=1zWgzJkNwbs>
**Prof. Dr. Abed Schokry****DER HÖLLE IN GAZA ENTKOMMEN – AUGENZEUGENBERICHT**
https://youtu.be/kmra4E_60Go
**Prof. Dr. Norman Paech****VÖLKERMORD IN GAZA – EINE POLITISCHE RECHTLICHE ANALYSE I**
<https://www.youtube.com/watch?v=Js-yFK0YiAk>
**Daniel Bax****STAATSRÄSON IN POLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN**
<https://www.youtube.com/watch?v=XQ4PfjWRAEA>
**Prof. Dr. Helga Baumgarten****VÖLKERMORD IN GAZA – EINE POLITISCHE RECHTLICHE ANALYSE II**
https://www.youtube.com/watch?v=K6_XSVkw90o
**Prof. Dr. Kai Ambos****DEUTSCHLAND UND DAS VÖLKERRECHT**
<https://www.youtube.com/watch?v=aBErCXtVu6o>

„Ich hätte die Erinnerungen, die meine Eltern mir hinterlassen haben, gerne an meine Kinder weitergegeben“



Gaza-Stadt, 11. September 2025. Fotos von Rami Abou Jamous' Familie und seiner Kindheit

Rami Abou Jamous schreibt sein „Logbuch aus Gaza“ seit dem 28. Februar 2024 für das französische Online-Magazin Orient XXI. Als Gründer von GazaPress, einer Medienplattform, die westlichen Journalistinnen und Journalisten Unterstützung bot, musste er im Oktober 2023 seine Wohnung in Gaza-Stadt unter dem Druck der israelischen Armee zusammen mit seiner Frau Sabah, deren Kindern und ihrem gemeinsamen Sohn Walid, drei Jahre alt, verlassen. Sie flohen nach Rafah, anschließend nach Deir al-Balah und später nach Nusseirat. Anderthalb Monate nach der Ankündigung des Waffenstillstands im Januar 2025 – von Israel am 18. März gebrochen – kehrte Rami mit Sabah, Walid und dem Neugeborenen Ramzi nach Hause zurück. Für sein „Logbuch“ erhielt Rami u.a. den « Prix Bayeux Calvados-Normandie » für herausragende Kriegsberichterstattung.

DONNERSTAG, 11. SEPTEMBER 2025

Seit fast einer Woche befiehlt uns die Besatzungsarmee, Gaza-Stadt zu verlassen. Sie hat begonnen, die Stadt einzukesseln. Die Bewohner drängen sich im Westen der Stadt zusammen. Das ist das Ergebnis der neuen israelischen Strategie: Vertreibung durch Bombardierung. Da die Bewohner in

der Regel die wiederholten Evakuierungsbefehle nicht befolgen, gibt ihnen die Armee fünfzehn Minuten, im besten Fall 20 bis 30 Minuten Zeit, um ihre Häuser zu verlassen. Danach wird das Gebäude zerstört. Im Norden der Stadt, im Viertel Sheikh Radwan, im Osten in Shuja'iyya und Zeitoun und im Viertel Sabra im Süden, zerstört die Armee die Türme einen nach dem anderen – bei uns gilt jedes Gebäude mit mehr als neun Etagen als Turm.

Diese Strategie funktioniert. Wer in mehrstöckigen Gebäuden wohnt, weiß, dass er nur noch auf Zeit dort ist. Viele beginnen jetzt ohne weitere Aufforderung auszuweichen, um nicht alles zu verlieren. Sie fliehen nach Westen, zum Meer. Aber auch dort haben die Zerstörungen begonnen. Dutzende Hochhäuser wurden bereits angegriffen. Ein zerstörtes Hochhaus heißt 40 bis 50 Familien auf der Straße: 300 bis 400 Menschen. Wer seine Flucht nicht vorbereitet hat, nimmt nur eine oder zwei Taschen mit. Es herrscht echte Panik.

BEREIT SEIN ZUM AUFBRUCH

Ich wohne in einem dieser Türme. Meine Nachbarn fragen mich: „Und du, Rami, was wirst du tun? Was sollen wir tun?“ Normalerweise

gebe ich bei solchen Entscheidungen ungern Ratsschläge: ich kann die Konsequenzen nicht tragen. Ich habe einfach nur für mich selbst geantwortet: „Ich bleibe bis zur letzten Minute. Ich bereite einen Koffer vor, Kleidung: es kann jederzeit eskalieren. Man muss bereit sein zu gehen. Und man darf nichts Wichtiges vergessen.“

Ich rate dennoch denen, die in den Süden gehen, weil sie dort einen Platz gefunden haben, so viel wie möglich mitzunehmen. Wir haben diese Erfahrung gemacht, als wir nach Rafah flohen. Wir waren ohne Ersatzkleidung, ohne Schuhe, ohne irgendetwas aufgebrochen und mussten wieder bei null anfangen. Damals konnte man wenigstens noch auf den Märkten etwas kaufen. Heute gibt es dort nichts mehr: keine Kleidung, keine Matratzen, keine Zelte. Ich sage ihnen: „Wenn ihr dort einen Ort habt, an dem ihr eure Sachen lagern könnt, dann geht jetzt, denn wir wissen genau, dass unser Hochhaus jederzeit bombardiert werden kann.“ Einige fanden andere Lösungen. Freunde haben zum Beispiel ihre Schränke, Stühle

und Tische vor Ort verkauft, um daraus Brennholz zu machen. Wegen der Holzknappheit erzielten sie noch eine beachtliche Summe. Ein Schlafzimmer im Wert von 7.000 Schekel wurde für 1.000 Schekel (250 Euro) verkauft.

ICH VERLIERE LIEBER ALLES AUF EINMAL

Ich sagte zu Sabah, wir würden ein paar Taschen mit dem Nötigsten für die Kinder vorbereiten – vor allem Winterkleidung. Zumindest das, was wir haben. Die alten Sachen von Walid können wir für Ramzi verwenden, aber für Walid haben wir kaum noch etwas; er wächst sehr schnell. Sabah sagte: „Warum machen wir nicht das, was du allen anderen rätst? Warum bringst du nicht wenigstens die Möbel der Schlafzimmer in ein Lager im Süden, damit wir sie nach dem Krieg zurückholen können?“ Ich sagte ihr, dass, wenn die Israelis es schaffen, uns aus der Stadt zu vertreiben, ihr Plan vollständig umgesetzt würde – und dass das langfristig die Deportation in ein fremdes Land bedeutet. Es wäre also sinnlos, Möbel zu transportieren. Ich fügte hinzu: „Wir müssen leicht sein. Und ich verliere lieber alles auf einmal.“

Warum diese Entscheidung? Weil es so schwer ist zu wählen. Was nehmen? Was zurücklassen? Für uns Palästinenser ist ein Haus nicht einfach Beton und Möbel – es ist unsere Geschichte, unsere Erinnerung, unsere Familie. Unsere Häuser sind Familienhäuser: Die Eltern im ersten Stock, jeder erwachsene Sohn mit seiner Familie in einem eigenen Stockwerk. In diesen Häusern werden die Kinder geboren, sie wachsen heran, bestehen ihre Prüfungen, heiraten und bekommen eigene Kinder. Diese Häuser zu zerstören ist Teil der israelischen Strategie, uns zu entwurzeln – und das nicht erst seit heute. Sobald ein Palästinenser einer militärischen Aktion oder irgendetwas anderem beschuldigt wird, wird sein Haus sofort abgerissen.

Es ist wie die Zerstörung der Olivenbäume. Für uns sind sie wie Kinder. Sie wachsen mit uns, Generation um Generation. Einige sind älter als der Staat Israel. Die Israelis wissen das. Sie kennen unsere Bindung an das Land. Deshalb greifen sie Häuser und Olivenbäume an.

DIESMAL WIRD ES KEINE RÜCKKEHR GEBEN

Ich werde auch meine Erinnerungsstücke diesmal nicht mitnehmen. Bislang hatte ich sie teils in der Wohnung, teils in dem Parfümladen gelagert, den ich 2017 mit meiner Mutter eröffnet hatte – damals hatte ich meine Job als lokaler Medienassistent („Fixer“) aufgrund von Problemen mit der Hamas aufgegeben. Wegen all der Kriege – nicht nur des letzten – musste ich jederzeit bereit sein, schnell zu fliehen, dabei aber immer der Gedanke an Rückkehr im Kopf. Indem ich die Erinnerungsstücke auf zwei Orte verteilte, war ich sicher, wenigstens die Hälfte zu retten.

Aber dieses Mal wird es keine Rückkehr geben. Ich weiß, dass alles zerstört werden wird. Ich habe meine Erinnerungsstücke ausgepackt und Sabah gezeigt. Erinnerungen aus meiner Kindheit. Diplome der Arabischen Universität Beirut. Die Fotos meiner Eltern an ihren Verlobungs- und Hochzeitstag. Ihre Heiratsurkunde. Die kleine Kristallvase mit Süßigkeiten, die man den Gästen schenkte. Fotos unserer Geburtstage, meiner Brüder und mir. Fotos aus unserer Jugend. Wir als Schulkinder. Erinnerungen an unser Leben in Tunesien. Erinnerungen an mein Studium in Montpellier, Frankreich. VHS-Videokassetten. Alle Erinnerungsstücke meines Vaters, einem der Gründer der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa. Die Uhr, die ihm der jemenitische Präsident schenkte, und historische Relikte: sein Minikassettenrekorder mit Aufnahmen von Reden Yasser Arafats. Briefpapier der Wafa. Und das Faxgerät der Agentur: ein Faxgerät

mit Papierrolle von 1985, mit der die Wafa Meldungen versandte. Es gibt sogar noch eine Rolle Papier, heute völlig geschwärzt.

Ich zeigte all das Sabah unter Tränen. Es war das erste und letzte Mal. Denn ich kann keine Auswahl treffen. Alles ist mir teuer. Ich kann nicht ein Foto hier und eins dort auswählen. Entweder alles oder nichts. Und alles ist unmöglich. Auf der Flucht dürfen wir nicht belastet sein. Ich werde Walid an meiner rechten Seite haben, Ramzi im linken Arm, ein oder zwei Rucksäcke, und Sabah wird ebenfalls zwei tragen müssen. Wir können keinen zusätzlichen Koffer voller Kassetten und Fotoalben schleppen.

ICH HÄTTE IHNEN MEINE FOTOS GEZEIGT

Ich weiß, dass mir die Israelis durch die Zerstörung all dieser Erinnerungen die Kontinuität der Generationenbindung nehmen werden.

Als wir aufwuchsen, zeigte uns unser Vater Fotos und sagte: „**Hier, das ist der Tag unserer Hochzeit. Seht, wie schön eure Mutter war! Und seht, wie gut euer Vater aussah!**“ Wir lachten über ihre Kleidung, die sich so sehr verändert hatte. Und ich träumte davon, dasselbe eines Tages meinen Kindern zu zeigen, wenn sie größer wären. Ich hätte ihnen Fotos aus dem Libanon gezeigt, dann aus Tunesien, Frankreich und Gaza. Fotos ihrer Großeltern. Ich hätte ihnen erzählt, wer ihr Großvater war und warum so viele Menschen nach seinem Tod über ihn geschrieben haben. Ich hätte gern diese Zeitungsausschnitte aufgehoben, die ich seit fast 25 Jahren habe. Ich hätte gern diese kulturelle und soziale Kontinuität weitergegeben – das, was meine Eltern mir hinterlassen haben.

Es gibt auch die Schmuckstücke meiner Mutter: der Ring und die Halskette, die ihr mein Vater zur Hochzeit schenkte. Diese werde ich mitnehmen. All das ist unsere Geschichte – und ein Stück der Geschichte der palästinensischen Diaspora. Meine Eltern gehörten zu den Vertriebenen von 1948 und 1967. Mein Großvater mütterlicherseits stammte aus Jaffa. Er war ein bedeutender Händler und trieb Geschäfte zwischen Jaffa und dem Libanon. Er erhielt noch vor 1948 die libanesische Staatsbürgerschaft. Als er im Jahr der Nakba vertrieben wurde, konnte er sich im Libanon niederlassen. Meine Mutter wurde dort geboren, und dort lernte sie meinen Vater kennen. Dieser stammt aus Nablus und wurde 1967 mit seiner Familie nach Jordanien vertrieben. Er kam nach Beirut, um zu studieren. Dort trat er schon als Jugendlicher der

Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei und begann seine journalistische Laufbahn. Diese Geschichte kann man mit Worten erzählen – aber man braucht auch Dinge, die man berühren kann: Fotos, Zeitungen, Schmuck ...

Mein Vater hatte es geschafft, all dies durch seine verschiedenen Exile hindurch mitzunehmen. Er folgte der PLO und Yasser Arafat von Beirut nach Tunis, dann von Tunis nach Gaza im Jahr 1994, als Arafat sich dort nach den Osloer Abkommen niederließ. Mein Vater bewahrte damit die Kontinuität der Familiengeschichte. Leider glaube ich, dass sie nun enden wird. Ich kann nicht wählen. All dies wird zerstört.

DIE LETZTE MAUER VOR DER DEPORTATION

Sabah sagte zu mir: „**Wir können von allem eine Kleinigkeit mitnehmen, ein Album, eine Kassette...**“ Sie drängte und fragte, warum wir die Erinnerungen nicht erneut zwischen Wohnung und Laden aufteilen. Aber ich weiß genau: Gaza-Stadt ist die letzte Mauer vor der Deportation. Wenn diese Mauer fällt, wird die Stadt vollständig zerstört werden. Wir werden nichts mitnehmen können und wir werden alle deportiert werden. Deshalb habe ich beschlossen hierzubleiben, in unserem Turm, bis zur letzten Minute. Das ist meine Art zu widerstehen, meine Zugehörigkeit zu diesem Land, zu diesem kulturellen und familiären Band, zu dieser Kontinuität der Erinnerungen zu bekräftigen. Solange es Palästinenser gibt, wird Palästina existieren.

Aber wer in letzter Minute geht, geht ohne etwas mitzunehmen. Ich wollte diese Gegenstände, diese Erinnerungen mit den Leserinnen und Lesern von Orient XXI teilen, damit sie nach ihrer materiellen Zerstörung in ihrem Gedächtnis weiterleben.

Quelle:
<https://orientxxi.info/dossiers-et-series/j-aurais-aime-transmettre-a-mes-enfants-les-souvenirs-que-mes-parents-m-ont.8496>

*französisches Online-Magazin (2013) zum Maghreb und Nahen Osten, geleitet von Alain Gresh

Übersetzung:
google translate/ korrigierte Fassung

Logbuch aus Gaza 104 RAMI ABOU JAMOUS
12. September 2025



BUCH // SCHREIBEN ALS AKT DES WIDERSTANDS

【 】 Atef Abu Saif war von 2019-2024 palästinensischer Kultusminister in Ramallah. In seinem sechsten Roman berichtet Saif, wie er und sein 15-jähriger Sohn am 7. Oktober 2023 zu einem offiziellen Besuch in Gaza waren. Er hat in seinem Tagebuch über drei Monate detailliert beschrieben, wie der Hauptzweck von Israels Krieg in Gaza nicht die Zerstörung der Hamas, sondern die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft, ihrer Infrastruktur und ihrer kulturellen Identität war. Das Buch ist ein wesentlicher Beitrag zu dem, was Chris Hedges im Vorwort formuliert: „Zu Zeiten des Krieges sind Schreiben und Fotografieren Akte des Widerstandes und der

Aufrichtigkeit. Hinter ihnen steht die Überzeugung, dass eines Tages, an einem Tag, den die Schriftsteller, Journalisten und Fotografen vielleicht selbst nie erleben werden, ihre Worte und Bilder Mitgefühl, Verständnis und Zorn hervorrufen und Weisheit entstehen lassen.“ Das Buch bringt nicht nur erlebte Fakten des Grauens, es vermittelt das Leid und das Gefühl der Opfer. Äußerst empfehlenswert!

DETLEF GRIESCHE

Atef Abu Saif: **Schau nicht nach links. Tagebuch eines Völkermords**, Edition 8, Zürich, 2025



FILM // ERSCHÜTTERNDER BERICHT

【 】 Die Dokumentation Gaza: Doctors Under Attack untersucht die Auswirkungen der israelischen Militäroperationen auf das Gesundheitssystem in Gaza. Der Film zeigt, wie medizinische Fachkräfte im Gazastreifen trotz des unerbittlichen Bombardements ihre Patient*innen weiterhin unter stark unterversorgten und oft unsicheren Bedingungen behandeln. Es ist ein erschütternder Bericht über Mut, Verlust und Durchhaltevermögen, der die Rolle des medizinischen Personals an vorderster Front in einem der prekärsten humanitären Kontexte der Welt beleuchtet. Der Film war zunächst für die BBC geordert, die ihn aber nicht zeigen wollte.

Gaza: Doctors Under Attack, von Karim Shah, UK 2025, 62 min.

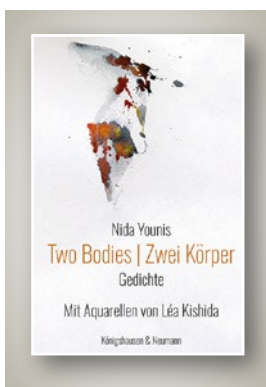


BUCH // DEUTSCHE IMPERIALPOLITIK UND ZIONISTISCHE BEWEGUNG

【 】 Clemens Messerschmid (1964–2023) war ohne Zweifel einer der besten Kenner der Wasserproblematik in Palästina. In den letzten Jahren seines Lebens beschäftigte er sich aber zudem intensiv mit den deutschen Wurzeln des Zionismus. Ausführlich beschreibt er die zionistische Frühgeschichte mit ihren preußisch-deutschen Einflüssen und Prägungen sowie die zionistische Landnahme in Palästina. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die deutsche Imperialpolitik und deren Kooperation mit der zionistischen Bewegung,

die schließlich zu der heftig umstrittenen „deutschen Staatsräson“ gegenüber Israel führte. Das Buch behandelt somit einen wichtigen Aspekt der Palästinafrage, der bislang zu wenig Berücksichtigung fand.

Clemens Messerschmid: **Die deutschen Wurzeln des Zionismus – Zur Entwicklung des Siedlerkolonialismus in Palästina** mit einem Beitrag von Helga Baumgarten, Palmyra, Heidelberg, 2025
Buch für 18 € direkt beim Verlag bestellen:
palmyra-verlag@t-online.de



BUCH // EINSTIEG IN ARABISCHE POESIE

【 】 In diesen zwölf Gedichten stellt die Autorin in Frage, was sie in ihrem Leben qua Herkunft erfahren hat. Sie hat inzwischen mehrere Gedichtbände veröffentlicht, nun auch erstmalig in Deutschland. Sie erhielt zudem eine Auszeichnung des Jerusalem Festival for Art and Culture. Illustriert sind die Gedichte von der japanisch-französischen Künstlerin Lèa Kishida. Nida Younis setzt sich vor dem Hintergrund der israelischen Besatzung und des patriarchalen palästinensischen Systems mit der Erfahrung des Verlustes der persönlichen und ge-

sellschaftlichen Autonomie als Frau auseinander. Die Autorin kommt im Januar zu Lesungen nach Deutschland. Da hierzulande wenig über palästinensische Lyrik bekannt ist, bietet dieses Bändchen einen idealen Einstieg in arabische Poesie. Ein sehr empfehlenswertes kleines Bändchen!

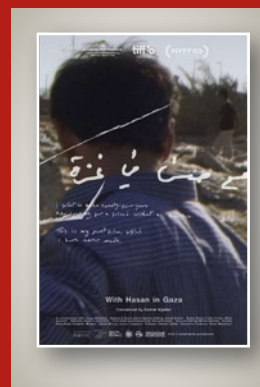
DETLEF GRIESCHE

Nida Younis: **Two Bodies/ Zwei Körper. Gedichte. Mit Aquarellen von Lèa Kishida**, Verlag Königshausen & Neumann 2025

FILM // UNERWARTETER ROADTRIP

1989, während der ersten palästinensischen Intifada, wurde der Künstler und Filmemacher Kamal Aljafari von der israelischen Besatzungsmacht inhaftiert. Im Gefängnis lernte er Abdel Rahim aus Gaza kennen. 2001 machte sich Aljafari auf den Weg, um ihn zu finden. Was als Suche begann, wurde zu einem unerwarteten Nord-Süd-Roadtrip durch Gaza – mit Hasan, einem lokalen Reiseführer. Die drei MiniDV-Kassetten des Reiseberichts, die über zwei Jahrzehnte lang beiseite gelegt worden waren, bilden nun eine dringliche, schöne und erschütternde Hymne an einen Ort und ein Volk, das unaussprechliches Leid erfahren hat. Eine filmische Reflexion über Erinnerung, Verlust und den Lauf der Zeit, die ein vergangenes Gaza und Menschen zeigt, deren Spuren sich verloren haben. Der Film ist auf der Shortlist der European Film Academy, aus der die Nominierungen für die Verleihung der European Film Awards am 17. Januar in Berlin ausgewählt werden.

With Hassan in Gaza, Dokumentarfilm von Kamal Aljafari, Palästina, Deutschland, Frankreich, Katar 2025, 106 Min., Originalfassung (Arabisch) mit deutschen Untertiteln



BUCH // ABSCHIED AN DEN WESTEN

Als Einwanderer glaubte Omar El Akkad, dass der Westen ein Ort der Freiheit und Gerechtigkeit für alle sei. Doch in den Jahren, in denen er über den Klimawandel, die Black-Lives-Matter-Proteste, die verschiedenen Kriege gegen den Terror und vieles mehr berichtet und zuletzt den Genozid in Gaza beobachtet, wird ihm zunehmend klar, dass vieles von dem, was der Westen verspricht, eine Lüge ist. Seine Chronik dieser schmerzhaften Erkenntnis, eine moralische Auseinandersetzung mit der Frage, was es bedeutet – als Bürger der USA, als Vater –, in diesen verheerenden Zeiten einen Sinn zu finden. Es ist der bittere, rohe und verletzte Aufschrei von jemandem, der sich immer auf

der Seite der Gerechten wähnte und nicht aufhört, das Gute zu suchen. Es ist El Akkads von Herzen kommender Abschiedsbrief an den Westen, eine brillante Formulierung der Desillusionierung, die wir überall auf der Welt beobachten, in Familienzimmern, auf Universitätsgeländen, auf den Straßen der Städte. Dieses Buch ist für alle, die etwas Besseres wollen als das, was der Westen aufgetischt hat.

URSULA MINDERMANN

Omar El Akkad: **Eines Tages werden alle immer schon dagegen gewesen sein**, Matthes & Seitz Berlin, 2025



BUCH // KINDER UNTER BESATZUNG UND VÖLKERMORD

Dem Autor ist zu danken, dass er sich des besonderen Aspekts der Kinder unter den Bedingungen von Besatzung und Genozid angenommen hat – ein Aspekt, der sonst von Politik und Medien immer nur am Rande behandelt wird. Gerade dieser Aspekt demonstriert aber ganz besonders die Brutalität der israelischen Politik und – das darf man dabei nicht übersehen und verdrängen: das völlige Versagen der westlichen Staaten angesichts des Völkermords im Gazastreifen, der auch

vor den Kleinsten und Unschuldigsten nicht Halt macht. Wer noch Zweifel hat und die israelische Kriegsführung immer noch verteidigt, sollte zu diesem Buch greifen.

ARN STROHMEYER

Ekkehart Drost (Hrsg. und Bearbeiter): **Kindheit und Jugend unter israelischer Besatzung**, 3. Auflage September 2025, 183 S., Buch für 15 € zu bestellen bei Ekkehart Drost, e1944drost@gmx.de



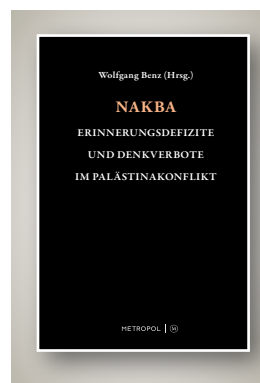
BUCH // NAKBA IN DER DEUTSCHEN DEBATTE

Prof. Dr. Wolfgang Benz, der frühere Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und international anerkannter Antisemitismus- und Holocaust-Forscher, hat erneut ein Buch zur deutschen Diskussion um die Nakba herausgegeben. Darin äußern sich namhafte AutorInnen zu der Problematik: Muriel Asseburg, Aleida Assmann, Bashir Bashir, Daniel Cil Brecher, Sarah El Bulbeisi, Amos Goldberg, Inge Günther, Peter Lintl, Michael Rothberg, Gesine Schwan, Jens-Christian Wagner, Stefan

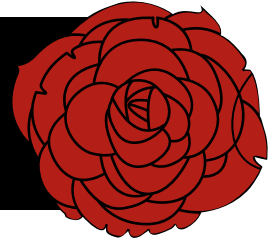
Jakob Wimmer, Charlotte Wiedemann und Moshe Zuckermann. Im Kapitel „Verdikte und Interventionen“ geht es um die Entstehung der historischen Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ im Jahr 2008 und die Erfahrungen mit den mehr als 200 Ausstellungsterminen im In- und Ausland.

INGRID RUMPF

Wolfgang Benz **Nakba. Erinnerungsdefizite und Denkvorbote im Palästina-Konflikt**, Metropolis Verlag, 2025



Weltweite Solidarität



„Wir Kinder in
Deutschland
denken an Gaza“

Yassin redet bei einer Kundgebung in Bremen

Hallo, mein Name ist Yassin, ich bin 11 Jahre alt und komme aus Salzgitter. Meine Familie kommt aus Gaza, ich bin hier in Deutschland geboren. Aber Palästina ist in meinem Herzen. Jeden Tag, immer.

Meine Großeltern wurden schon 1948 aus ihren Heimatstädten vertrieben. Seitdem leben wir in einer großen Hoffnung, dass Palästina eines Tages wieder frei ist.

Aber heute? Heute leidet Gaza jeden Tag. Bomben fallen, Häuser stürzen ein, Menschen sterben. Viele davon sind Kinder, Kinder, so alt wie ich. Manchmal telefoniere ich mit meiner Oma in Gaza. Vor ein paar Wochen habe ich sie gefragt: „Oma, hast du etwas heute gegessen?“ Sie hat lange geschwiegen, dann hat sie ganz leise gesagt: „Nein, Yassin, ich habe seit drei Tagen nichts gegessen.“ Ich wusste nicht, was ich sagen soll. Ich habe einfach geweint, hier in Deutschland, wenn meine Oma in Gaza hungert. Meine Oma hat Krebs, aber dort gibt es keine Medikamente mehr, keine Ärzte, kein Krankenhaus, das sie aufnehmen kann. Mein Opa war auch krank. Er hatte einen Herzinfarkt, aber niemand konnte ihm helfen. Er hat den Krieg nicht überlebt.

Meine Familie hat alles versucht um meine Großeltern in Sicherheit zu bringen. Aber Deutschland hat uns nicht geholfen. Nicht als mein Opa krank war, nicht als meine Oma hungerte. Nicht als meine Mutter 24 Tage lang nichts gegessen hat aus Sorge und Verzweiflung. Nicht, obwohl wir seit 23 Monaten auf die Straße gehen, nicht, obwohl mein Vater immer wieder mit Politikerinnen und Politikern spricht.

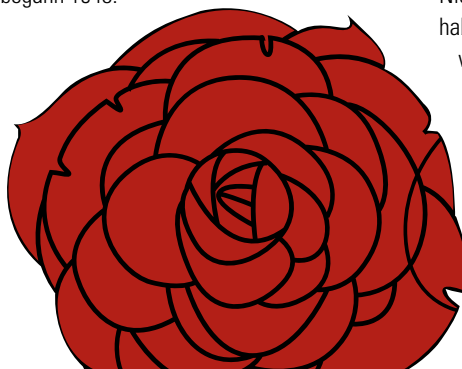
Ich frage euch, ist das gerecht? Ist das Menschlichkeit? Ist das wirklich Selbstverteidigung, wenn Kinder verhungern und Alte an Herzinfarkt sterben? – Wenn jemand ihnen helfen kann.

Ich weiß, viele sagen, das hat alles am 7. Oktober angefangen. Aber ich bin elf Jahre alt und selbst ich weiß, das stimmt nicht. Das Unrecht begann nicht am 7. Oktober. Es begann 1948.

Und ich verstehe immer noch nicht, warum ich hier in Deutschland geboren bin, aber jeden Tag Angst um meine Familie haben muss, warum ich hier sicher zur Schule gehen kann, während meine Cousins und Cousinen in Gaza nachts mit Bomben einschlafen und nicht wissen, ob sie den nächsten Morgen weiterleben können.

Darum bitte ich euch alle: Vergesst Palästina nicht, hebt eure Stimme, schweigt nicht, wenn ihr seht, dass Unrecht passiert. Auch wir Kinder hier in Deutschland denken an Gaza. Wir fühlen mit, wir hoffen, wir beten und Inshallah, eines Tages werden wir in einem freien Palästina leben, in einem Land ohne Krieg. Ohne Hunger, ohne Angst und ohne Zionismus. Und dann werden Kinder wie ich endlich ohne Angst schlafen können. Aber bevor ich gehe, möchte ich euch und besonders Deutschland noch eine Frage stellen. Ihr sagt: Nie wieder. Ihr sagt aus der Geschichte gelernt zu haben. Aber wenn ihr wirklich nie wieder meint warum schweigt ihr während Kinder wie ich getötet werden?

YASSIN, 11 Jahre





INTERNATIONAL GLOBALE SUMUD FLOTTILLE

【 】 Israel hat vier humanitäre Missionen in internationalen Gewässern, die versuchten, die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, rechtswidrig abgefangen: die Global Sumud Flotilla und das Schiff Omar Al-Mukhtar (1.–2. Oktober), das Schiff Conscience und die Thousands Madleens Flotilla (8. Oktober). Diese Missionen hatten zum Ziel, dringend benötigte Hilfe nach Gaza zu bringen und die Weltöffentlichkeit auf den Völkermord aufmerksam zu machen.

Die Flottillen umfassten rund 50 Schiffe und mehr als 600 Teilnehmende aus aller Welt, darunter die Klimaaktivistin Greta Thunberg. Die israelische Marine hat alle Schiffe in internationalen Gewässern abgefangen, was einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Aktivisten berichteten, dass sie von Drohnen, israelischer Armee und Hubschraubern angegriffen wurden, bevor ihre Schiffe beschlagnahmt und zum Hafen von Ashdod geschleppt wurden. Die meisten Teilnehmer kamen in das Ktzi'ot-Gefängnis in der Negev-Wüste, das für seine harten Bedingungen bekannt ist. Erst nach wiederholten Interventionen konnten Anwälte der israelischen Rechtshilfeorganisation Adalah fast 500 Aktivisten Rechtsberatung leisten bei Notfallanhörungen im Hafen von Ashdod, vor dem Haftprüfungsgericht im Ktzi'ot-Gefängnis und vor dem Amtsgericht Ashkelon. Adalah argumentierte, dass diese Aktion keine illegale Einreise nach Israel darstelle, da Gaza nicht zu Israel gehöre.

<https://globalsumudflotilla.org/>

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN VERURTEILT ISRAELS APARTHEID

【 】 Bei seiner Tagung im Juni in Johannesburg, Südafrika, hat der Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) eine mutige Erklärung verabschiedet, in der er die Realität der Apartheid in Israel benennt, ein Ende der israelischen Besatzung, die Aufhebung der unrechtmäßigen Blockade des Gazastreifens fordert und Staaten und Kirchen auffordert, „Konsequenzen für Verstöße gegen das Völkerrecht zu ver-

hängen, einschließlich gezielter Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos“. Das Leid, das den Menschen in Gaza zugefügt werde und die eskalierende Gewalt und Unterdrückung im Westjordanland und in Jerusalem zwingt die Kirchen dazu, „sich klar, eindringlich und entschlossen für die Grundsätze der Gerechtigkeit gemäß dem Völkerrecht und der Ethik auszusprechen.“

PALÄSTINA GLOBALER AKTIONSTAG GEGEN SPIONAGESOFTWARE

【 】 Das israelische Militär nutzt Spionagesoftware, um Ziele für die israelische Artillerie und Luftwaffe zu generieren. Israelische Unternehmen wie NSO Group, Candiru, Intellexa, Paragon und andere haben militärtaugliche Spionagesoftware wie Pegasus, Predator und Graphite entwickelt, mit der sich Telefone infiltrieren, private Daten extrahieren und Geräte sogar in Überwachungsinstrumente verwandeln lassen. Diese Technologien wurden Berichten zufolge von israelischen Geheimdiensten an Palästinensern getestet, bevor sie weltweit vermarktet wurden. Ein US-Gericht hat gegen die israelische NSO Group wegen illegaler Spionage von WhatsApp-Nutzern entschieden und die NSO Group zur Zahlung von 612 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt – nicht an die geschädigten Nutzer, sondern an Meta.

Am 21. Juni fand deshalb ein ein weltweiter Aktionstag des „Global Network Against Spyware“ (GNAS) statt: Regierungen müssen den Verkauf und die Verwendung invasiver Spyware streng verbieten. Unternehmen, die diese Tools entwickeln, müssen für deren Missbrauch rechtlich zur Verantwortung gezogen werden und weltweit mit Desinvestitionen rechnen.

<https://bdsmovement.net/Global-Day-Action-Against-Spyware>

GROSSBRITANNIEN FILMSCHAFFENDE VERWEIGERN KOMPLIZENSCHAFT

【 】 Trotz Repression und beruflicher Risiken hat der anhaltende Krieg in Gaza eine bislang bei-

spiellose Welle der Solidarität innerhalb der Kultur- und Unterhaltungsbranche ausgelöst. Immer mehr Filmschaffende sprechen sich gegen Israels Vorgehen aus und unterstützen den kulturellen Boykott. Am 8. September unterzeichneten über 1.200 Filmarbeiter*innen – darunter Stars wie Olivia Colman, Tilda Swinton und Riz Ahmed – eine öffentliche Erklärung, in der sie jede Zusammenarbeit mit israelischen Produktionsfirmen ablehnen, die „in Völkermord und Apartheid gegen das palästinensische Volk verstrickt sind“. Inzwischen ist die Zahl der Unterzeichnenden auf mehr als 5.000 gestiegen.

<https://artistsforpalestine.org.uk/>

NORWEGEN 660 KIRCHENGLOCKEN LÄUTETEN FÜR GAZA

【 】 Die norwegische Kirche hat im August alle Glocken geläutet aus Protest gegen das Leid der Menschen in Gaza, als Aufruf zum Handeln und als Gebet für den Frieden. Auch außerhalb Norwegens läuteten Kirchenglocken: in Schweden, Finnland, Island und in der Schwesterkirche, der lutherischen Kirche von Jordanien.

<https://www.kirken.no/nb-NO/om-kirken/aktuelt/over-400-kirkeklokker-ringte-for-gaza/>

DEUTSCHLAND ULM5 GEGEN ELBIT VOR GERICHT

【 】 Um Solidarität mit den Ulm5 bei ihren Anhörungen zu zeigen, hat das Stuttgarter Palästina-Komitee im Oktober vor dem Amtsgericht Stuttgart protestiert. Die fünf sind seit 8. September 2025 in verschiedenen Haftanstalten in Stuttgart und Baden-Württemberg in Haft. Der Vorwurf: Eine Attacke auf die Niederlassung der israelischen Waffenfirma Elbit in Ulm. Elbit beliefert die israelische Armee zu 80% mit Waffen.

44.255 UNTERSCHRIFTEN GEGEN WAFFENEXPORTE & HILFSBLOCKADE

【 】 44.255 Unterschriften hat die Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ erreicht. Sie wurden im September von den Initiatoren CARE, IPPNW, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland Oxfam, pax christi und Weltfriedensdienst übergeben. Die Unterzeichnenden fordern von der Bundesregierung u.a. sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern; alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden; im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung; die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen

aktiv zu unterstützen; das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

DHL KÜNDIGT GEWERKSCHAFTER WEGEN GAZA-REDE

Ein Gewerkschafter:innen4Gaza und Palästina Aktionsbündnis Leipzig setzen sich für die sofortige Rücknahme der Kündigung Christophers ein. Zusammen mit 700 Demonstranten marschierte der Verdi-Vertrauensmann bei DHL zum Flughafen Leipzig/Halle. Vor dem Flughafen und den Hallen von DHL forderten die Demonstranten ein Ende aller Transporte von Rüstungsgütern an den Staat Israel. Der Flughafen Leipzig/Halle ist ein zentrales Drehkreuz für militärische Transporte von NATO-Staaten und Israel. In seiner Rede verwies Christopher auf Griechenland und Italien, wo Hafenarbeiter Waffenlieferungen an den Staat Israel durch Streiks und Blockaden verhinderten. Wegen seiner Rede wurde Christopher von DHL fristlos gekündigt. Unterschriftenaktion: <https://actionnetwork.org/petitions/kein-transport-fur-volkermord-solidaritat-mit-palastina-ist-kein-verbrechen-sofortige-rucknahme-der-kundigung-christopher?source=email&>

OFFENER BRIEF AN DEUTSCHE MEDIENINSTITUTIONEN

Medienschaffende haben in einem offenen Brief deutsche Medieninstitutionen mitverantwortlich gemacht für die Ermöglichung der systematischen und gezielten Tötung der palästinensischen Kolleg*innen. Sie fordern u.a. unbelegte israelische Staatspropaganda nicht zu verbreiten und Verzicht auf passive Sprache, die Israel als Täter verschleiern. Außerdem keine Darstellung israelischer Verbrechen als neutraler „Konflikt“ zwischen gleichen Parteien, sondern Vermittlung des historischen und politischen Kontexts. Ein schockierendes Beispiel sei die Ermordung von Anas Al-Sharif, einem 28-jährigen, preisgekrönten Al-Jazeera-Journalisten, durch einen israelischen Luftangriff am 10. August 2025. Dabei wurden auch fünf weitere palästinensische Medienschaffende gezielt getötet. Sie schliefen alle in einem deutlich mit „Presse“ gekennzeichneten Zelt vor dem Al-Shifa-Krankenhaus. Bereits Tage zuvor hatte das „Comittee to protect Journalists“ öffentlich gewarnt, dass Israels Verleumdungskampagne gegen Al-Sharif ein möglicher Vorbote für ein gezieltes Attentat sei, und Schutzmaßnahmen gefordert. Die meisten deutschen Medien ignorierten diese Warnungen und wiederholten stattdessen Israels unbelegte Behauptungen, die Al-Sharif als „Hamas-Terroristen“ diffamierten. Das sei kein einzelnes Versagen bei der Faktenprüfung, sondern Teil eines Systems, heißt es in dem Brief. Das israelische Militär verfolge seit

Langem ein dokumentiertes Muster der Verleumdung palästinensischer Journalist:innen, um ihre gezielte Tötung zu rechtfertigen. Durch die wiederholte Verbreitung dieser Propaganda hätten deutsche Medien der israelischen Armee de facto eine Lizenz zum straffreien Töten palästinensischer Journalist:innen erteilt.

„Um es klar zu sagen: die Tötung von Journalist:innen stellt ein schweres Kriegsverbrechen dar und wer dies rechtfertigt, macht sich mitschuldig!“

Auch deutsche Journalistenverbände würden hierbei eine problematische Rolle spielen. Während die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) und der deutsche Journalisten-Verband (DJV) die Ermordung von Anas Al-Sharif zwar verurteilten, bezeichnete die DJU ihn als Terror-Sympathisanten. Der DJV warnte eine Woche zuvor vor angeblichen Bildmanipulationen hungernder Kinder durch palästinensische Journalist*innen. Solche Aussagen dienen dazu, palästinensische Journalist*innen zu diskreditieren und ihre Berichterstattung zu delegitimieren.

<https://sites.google.com/view/onisraelsdeliberatekillingofpa/home>

AUS GEWISSENSGRÜNDEN – KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT ISRAEL

Ein Kollektiv von Wissenschaftler*innen an deutschen akademischen Institutionen und deutsche Wissenschaftler*innen im Ausland zeigen Solidarität mit Palästinenser*innen. Inspiriert von der schwedischen Uppsala-Erklärung (<https://uppsaladeclaration.se>) haben sie die Erklärung **„Verweigerung aus Gewissensgründen. Für Menschenrechte und die Einhaltung des internationalen Rechts“** verfasst. Sie lehnen es aus Gewissensgründen ab, **„mit dem israelischen Staat und mit israelischen Institutionen zusammenzuarbeiten, die an illegaler Besatzung, Apartheid, Völkermord und anderen Verstößen gegen das Völkerrecht beteiligt sind.“**

<https://uppsaladeclaration.se/germany/>
<https://uppsaladeclaration.se/>

„SCHUHE DER STILLE“ IN BREMEN

Als Symbol für die Ermordeten in Gaza sollten 18.000 Paar Schuhe auf den Marktplatz in Bremen gestellt werden. Die Aktion „Schuhe der Stille“

wurde am 7. Oktober nur von 10 bis 14 Uhr und in einem verkleinerten Umfang genehmigt. Es entstand dennoch eine eindrucksvolle Installation.

FSV MAINZ 05 MUSS EL GHAZI MILLIONEN ZAHLEN

Ein Gericht erklärt die Kündigung von Anwar El Ghazi durch den Bundesliga-Klub für unwirksam. Der Profi hatte 2023 Pro-Palästina-Posts veröffentlicht.

Das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz bestätigte, dass die fristlose Kündigung des Niederländers nicht rechtmäßig ist. Der Verein muss dem Profi rund 1,5 Millionen Euro Gehalt nachzahlen. Das Urteil ist rechtskräftig. El Ghazi hatte unter anderem die Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free“ gepostet.

<https://www.dw.com/de/bundesliga-klub-fsv-mainz-05-muss-el-ghazi-millionen-zahlen/a-74712661>

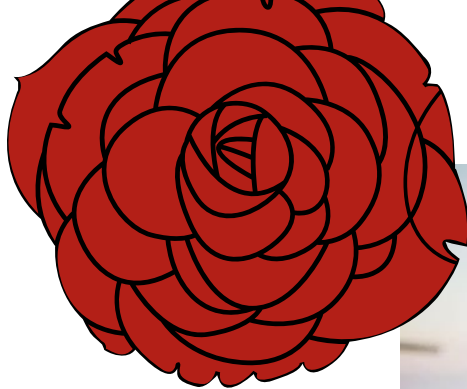
ÖSTERREICH PROTEST GEGEN MOTORENLIEFERUNG AN ISRAELISCHE RÜSTUNGSFIRMEN

Am Morgen des 22. August kletterten Aktivist*innen auf das Dach der Rotax-Werke in Gunsirichen bei Wels/Österreich, um gegen die Lieferung von Drohnenmotoren durch die Firma BRP Rotax an israelische Rüstungsfirmen zu protestieren. Zugleich wurde gewaltfrei der Eingang blockiert, und es fand eine Protestkundgebung von Friedensaktivist*innen vor der Firma statt. Gefordert wurde der sofortige Stopp von Österreichs Komplizenschaft beim Völkermord in Gaza.

ISRAEL „UNSER GENOZID“

Am 28. Juli hat die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem den Bericht „Our Genocide“ (Unser Völkermord) veröffentlicht. Er analysiert den Mechanismus, durch den der Völkermord in Gaza durchgeführt wird: eine Kombination aus Praktiken – Töten, Zerstörung, Zwangsumsiedlung sowie politischer und sozialer Zerschlagung –, die alle durch die anhaltende Entmenschlichung der Palästinenser ermöglicht werden. Im zweiten Teil werden die Bedingungen untersucht, die diesen Völkermord ermöglicht haben:





über 75 Jahre Apartheid, militärische Besatzung, Entmenslichung, Strafflosigkeit und Militarismus – zusammen mit dem Angriff vom 7. Oktober und seinen schrecklichen Verbrechen, der der regierenden rechten Partei Israels als Gelegenheit diene, ihre langjährige Vision von ethnischer Säuberung und Besiedlung voranzutreiben.

<https://www.btselem.org/>

EIN BRIEF DER WELTJUDENSCHAFT

[] Mitglieder jüdischer Gemeinden auf der ganzen Welt haben an Premierminister Benjamin Netanjahu geschrieben. Ihre Solidarität gelte stets Israel und den Bürgern Israels, mehr denn je seit der barbarischen Attacke der Hamas am 7. Oktober. „Dennoch können wir uns der Tatsache nicht verschließen, dass die Politik und Rhetorik der von Ihnen geführten Regierung Israel, seinem Ansehen in der Welt und den Aussichten auf einen sicheren Frieden für alle Israelis und Palästinenserinnen und Palästinenser nachhaltig schaden. Dies hat schwerwiegende Folgen für Israel, aber auch für das Wohlergehen, die Sicherheit und die Einheit der jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt.“

Die Regierung in Israel wird aufgefordert, die Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen mit Lebensmitteln und humanitärer Hilfe dauerhaft wieder herzustellen, den Krieg zu beenden, den Gazastreifen nicht neu zu besiedeln und Palästinenser in Gaza nicht zu vertreiben. Im Westjordanland müssten Angriffe von Siedlern und ihren Anhängern verhindert werden und die Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen sichergestellt werden.

<https://thelondoninitiative.org/a-letter-from-world-jewry/>

VON SIEDLER GETÖTET

[] Der Koordinator des israelischen Kriegsdienstverweigerer-Solidaritätsnetz, Tal Marom, hat um Hilfe für Umm Al-Khair gebeten nachdem der Lehrer Awdah Hathaleen am 28. Juli von einem bewaffneten israelischen Siedler in seinem Heimatdorf Umm al-Khair in Masafer Yatta im südlichen Westjordanland ermordet wurde. Jahrelang empfing Awdah Besucher, Journalisten und Aktivisten in Umm al-Khair und erklärte ihnen geduldig die Realität der Siedler-Gewalt und des Landraubs. „Bildung war für ihn nicht nur etwas für den Unterricht, sondern eine Lebens-



weise, die auf Beziehungen und einem tiefen Verständnis für das gemeinsame Leben in einer gemeinsamen Welt basiert. Ob er nun vor lokalen Schulkindern oder einer internationalen Menschenrechtsdelegation sprach, Awdahs ruhige Geduld schmälerte niemals die Dringlichkeit seiner Botschaft.“

<https://www.refuser.org/>

KOLUMBIEN / SÜDAFRIKA „HAGUE-GROUP“ KÜNDIGT MASSNAHMEN GEGEN ISRAEL AN

[] 30 Staaten kündigten auf einer Konferenz in Bogotá Maßnahmen an, um den Völkermord in Gaza zu stoppen.

Die 30 Staaten aus Afrika, Asien, Europa sowie Nord- und Südamerika werden:

- Lieferung oder Transfers von Waffen, Munition, Militärtreibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und zivil und militärisch nutzbare Güter an Israel verhindern.
- Sie werden die Durchfahrt, das Anlegen und die Wartung von Schiffen in allen Fällen verhindern, in denen ein eindeutiges Risiko besteht, dass das Schiff zum Transport von Waffen, Munition, Militärtreibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel genutzt wird.
- Sie werden den Transport von Waffen, Munition, Militärtreibstoff, zugehöriger militärischer Ausrüstung und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Israel auf Schiffen, die unter der Flagge des jeweiligen Staates fahren, verhindern bis zum Entflaggen des Schiffs bei Nichteinhaltung dieses Verbots.
- Sie werden eine Überprüfung aller öffentlichen Aufträge einleiten, um zu verhindern, dass öffentliche Einrichtungen und Gelder die illegale Besetzung des palästinensischen Gebiets durch Israel unterstützen und dessen unrechtmäßige Präsenz festigen.

nensischen Gebiets durch Israel unterstützen und dessen unrechtmäßige Präsenz festigen.

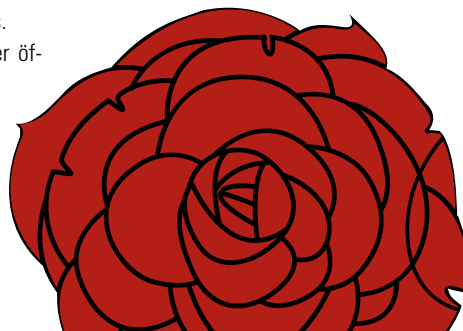
- Sie werden die Verpflichtungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für die schwersten Verbrechen nach internationalem Recht erfüllen durch strenge, unparteiische und unabhängige Ermittlungen und Strafverfolgungen auf nationaler oder internationaler Ebene. Sie werden die universelle Gerichtsbarkeit unterstützen, soweit dies in den nationalen Rechtsrahmen und Justizsystemen möglich ist, um Gerechtigkeit für die Opfer internationaler Verbrechen zu gewährleisten, die in den besetzten palästinensischen Gebieten begangen wurden.

Die Konferenz einigte sich darauf, eine Frist für die endgültigen Entscheidungen der Staaten auf September 2025 festzulegen, entsprechend dem in der Resolution A/RES/ES-10/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 18. September 2024 festgelegten Zeitrahmen von 12 Monaten.

https://en.wikipedia.org/wiki/Hague_Group

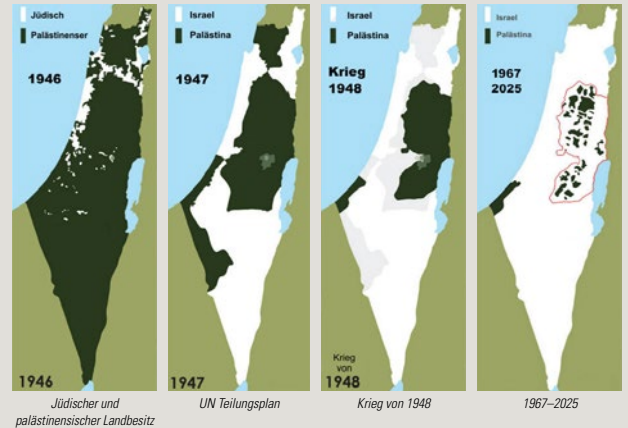
SCHWEIZ ALLIANZ-BOYKOTT

[] Die Versicherung Allianz, die Filmveranstaltungen in der Schweiz sponsert, investiert in Geschäfte mit dem israelischen Staat und profitiert somit von dessen unterdrückender Politik, teilte die Schweizer BDS-Bewegung mit. Sie rief zum Boykott des Kino-Allianz-Tages am 7. September auf.





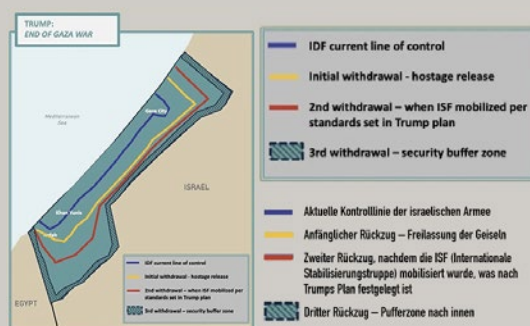
Die Karte zeigt Israel und die palästinensischen Gebiete Gazastreifen, das Westjordanland sowie Ostjerusalem. Die Golanhöhen (dunkel gestreift) sind seit 1967 von Israel besetzt. Völkerrechtlich gehören sie zu Syrien.



Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem leiden durch die jahrzehntelange israelische Militärbesetzung, die Nichteinhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie durch interne palästinensische Spaltungen. Hilfsorganisationen sind mit strengen Beschränkungen und zunehmend gefährlichen Bedingungen konfrontiert.

DER KONFLIKT AUF EINEN BLICK

Seit 2007 blockiert Israel die Zugänge zum Gazastreifen. Die Feindseligkeiten zwischen den israelischen Streitkräften und bewaffneten palästinensischen Gruppen eskalierten immer wieder, nachdem die Wurzel der Gewalt, die ungelöste Palästina-Frage, nicht bearbeitet wird. In den Jahren 2023 und 2024 war der Gazastreifen weltweit der tödlichste Ort für Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Medien. Die israelische Regierung will die palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen vertreiben. Sie nennt es „freiwillige Ausreise“.



die israelische Besatzung die Palästinenser daran, ihren grundlegenden Bedarf an Wohnraum, Lebensunterhalt und Dienstleistungen zu decken. Gewaltanwendung, Abriss, Räumung, Siedlungsausbau und Gewalt durch Siedler schüren weiter Unsicherheit und erhöhen den humanitären Bedarf. Im Jahr 2025 wurden Zehntausende von Menschen aus dem nördlichen Westjordanland vertrieben und ihre Rückkehr von der Armee verhindert.



Gaza: 22. bis 29. Oktober 2025 (Quelle: ocha opt)

- Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza wurden zwischen dem 22. und 29. Oktober 110 Palästinenser getötet, 282 wurden verletzt und 46 Leichen wurden unter den Trümmern geborgen. Damit stieg die Zahl der seit dem 7. Oktober 2023 getöteten Palästinenser auf 68.643 und auf 170.655 verletzte.
- Anfang Oktober wurden im gesamten Gazastreifen 53.000 Kinder im Alter von sechs Monaten und fünf Jahren bei mehr als 5.100 akute Unterernährung diagnostiziert, bei 1.120 die schwerste Form.

Im Westjordanland hat Israel Ostjerusalem völkerrechtswidrig annektiert. Die Aufteilung des Westjordanlandes in A-, B- und C-Gebiete, in Hebron in H1 und H2, Naturschutzgebiete und militärische Sperrgebiete schränkt die Möglichkeiten der palästinensischen Behörden stark ein. Weitere einseitige Maßnahmen der israelischen Behörden, wie der Siedlungsbau, Militärstützpunkte, Kontrollpunkte und physische Hindernisse schränken die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Lebensgrundlagen der Palästinenser weiter ein. Im C-Gebiet und in Ostjerusalem hindert

Westjordanland: 22. bis 29. Oktober 2025 (ocha opt)

- Drei Palästinenser wurden getötet.
- 60 Angriffe israelischer Siedler, bei denen 17 Palästinenser verletzt und erhebliche Sachschäden verursacht wurden. In der Olivenernte gab es 126 Siedler-Angriffe in 70 Städten und Dörfern und über 4.000 zerstörte Olivenbäume.
- Israelische Siedler aus neu errichteten Siedlungsaußenposten im Westjordanland schränken den Zugang der Palästinenser zu ihren Olivenhainen zunehmend ein



BUCH // EMPFEHLUNG

Die Politikwissenschaftlerin Muriel Asseburg hat ein faktenreiches, akribisch recherchiertes Buch zu Vorgeschichte, Kontext und Implikationen des 7. Oktobers vorgelegt. Dabei werden Themen wie die Geschichte der Hamas, die Blockade des Gazastreifens und die immer aggressivere Siedlungspolitik in der Westbank sowie regionale Entwicklungen wie die Abraham-Abkommen und die sog. „Achse des Widerstandes“ beleuchtet. Erschwert wird die Lösung durch die Machtübernahme einer völlig unberechenbaren Trump-Regierung in den USA, der völkerrechtliche Normen und internationale Institutionen wenig wert sind.

Muriel Asseburg:
Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza.
Hintergrund, Eskalation, Folgen

C.H. Beck Verlag (München) 2025

IVESA LÜBBEN

Mein
Wunsch ist
es zu reisen
Um in ein Kranken-
haus zu gelangen
und Armprothesen zu
bekommen.
Damit ich einen Ball
mit meinen Händen
halten kann.
Damit ich
schreiben kann.
Damit ich
essen
kann.

MAHMOUD
etwa 11 Jahre,
Gaza, Februar 2024

Ich bin
fertig.
Ich kann
nicht mehr.
Es gibt kein Haus.
Es gibt kein Wasser.
Es gibt kein Essen.
Es gibt nichts.
Werde ich verrückt?
Ich weiß es nicht.
Vielleicht werde ich ver-
rückt. Ich weiß es nicht.
Ich weiß es nicht mehr.
Bitte. Oh mein Gott.
Wir flehen.
Wir flehen
und flehen.
Hört auf!

NADINE ABDULLATIF
12 Jahre,
Gaza, November 2023

Ich
erinnere
mich daran,
wie unsere Ältesten
uns immer sagten:
„Niemand geht hungrig
ins Bett.
Niemand stirbt vor Hunger
in seiner Heimat.“
Aber jeden Abend gehen
wir hungrig ins Bett.
Wenn wir nicht durch
Bomben sterben,
sterben wir vor
Hunger.

KIND
von etwa 15 Jahren,
Gaza, März 2024

Wie viele
Familien müs-
sen noch aus den
Registern gelöscht und
wie viele Häuser zerstört
werden, bevor ihr euch bewegt
und anfangt, mit uns zu fühlen?
Seit Beginn des Krieges verurteilt,
verurteilt und verurteilt ihr.
Wann wird aus dieser
Verurteilung Realität?
Wann?
Wenn ihr Videos seht, wie wir
sterben, wie unsere Häuser
über unseren
Köpfen zusammenfallen,
seid ihr sicher, dass
ihr wirklich mit
uns fühlt?
Seid ihr
sicher?

RAMADAN JAZAR
9 Jahre,
Gaza, Februar 2024

Unser
Haus wurde
bombardiert
und mein Vater ist
getötet.
Und das Auto ist weg.
Alles wurde uns genommen.
All unsere Lieben und alles,
was wir geliebt haben, ist weg.
Ich wünschte,
das Leben könnte wieder
so sein, wie es war.
Ich wünschte,
die Welt könnte
meinen Vater
zurück-
bringen.

KIND
von etwa 6 Jahren,
Gaza, März 2024

aus dem Buch
eine million drachen – zeugnisse und
gedichte der kinder aus gaza 2023–2024,
www.amillionkites.com,

dazu bietet DPG-Vizepräsidentin
Ursula Mindermann eine Ausstellung plus Vortrag an,
Anfragen an mindermann@dpg-netz.de





QAMAR TIMRAZ, 17 Jahre alt // Aus der Ausstellung „HeArt of Gaza – Kinderzeichnungen aus einem kriegsgeschüttelten Land“

Kleine Lichtblicke in Gaza. Dazu gehört das „Artist’s Tent“, das „Künstlerzelt“ von Mohammed Timraz in Deir El Balah im Zentrum des Gazastreifens. Die irische Künstlerin Feile Butler und ihre Kinder tauschten mit Mohammed Timraz und seinen Nichten Zeichnungen und Bilder aus – und so entstand die Idee einer Ausstellung mit Kinderzeichnungen aus Gaza. Da die meisten Schulen in Gaza zerstört sind, gründete Mohammed Timraz

das „Artist’s Tent“, ein großes Zelt, das zu einem kreativen Zufluchtsort für Kinder und Jugendliche wurde, einem Ort zum Lernen, Träumen und Lachen mitten im Kriegsgeschehen. Die Bilder der 5–17-jährigen Kinder und Jugendlichen erzählen von Kriegserlebnissen, vom schwierigen Alltag inmitten der Zerstörung, sie drücken ihre Trauer, Belastung und Ängste aus, aber auch ihre Erinnerung an glückliche Momente in der Vergangenheit und ihre Hoffnung auf eine bessere, friedliche Zukunft.



قمر تمراز

Qamar Timraz

17 years old

Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung. Sie wurde erstmalig im Juli 2024 in Irland gezeigt und ist inzwischen auf Welt-Tour. In Deutschland war sie bisher u.a. in Berlin, Magdeburg, Karlsruhe und Gelsenkirchen zu sehen. In Erfurt hatte die Stadt die geplante Ausstellung im Pop-up-Store, einen Tag vor der Eröffnung Ende Oktober 2024, abgesagt. Ihre Begründung: Keine Politik im Pop-up-Store.